Jahresbericht 2008

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Jahresbericht 2008

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Inhalt

Standpunkt	4
Blickpunkt	7
Verbandstagung	11
Die ordentlichen Mitglieder	16
Die außerordentlichen Mitglieder	38
Verbandsaufgaben	64
Verbandsorganisation	66

Standpunkt

Ende der Krise?

Über die Finanzkrise und die aktuelle Wirtschaftskrise ist zwar viel geschrieben worden, aber wenig Überzeugendes. Die Kommentare aus Wissenschaft und Politik reichen von „schon immer gewusst“ bis „das konnte niemand vorhersehen“.

Fakt ist, dass die aktuelle Wirtschaftskrise historisch unvergleichbar ist; am ehesten ist ein Vergleich mit den 1930er Jahren möglich, der aber wegen der unterschiedlichen Dimension und Komplexität der global vernetzten Wirtschaft und Finanzmärkte hinkt. Und obwohl die wirklichen Ursachen dieser Krise noch immer nicht richtig verstanden sind, werden die Symptome mit bisher regelmäßig wirkungslosen ökonomischen Mitteln des letzten Jahrtausends – wie Konjunkturpaketen und Null-Zins-Politik – bekämpft.

Konjunkturpakete und andere Hilfsprogramme helfen nach herrschender ökonomischer Auffassung, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen. In der Praxis zeigen diese Maßnahmen jedoch kaum Wirkung. In Japan wurden seit 1990 etwa 15 gigantische Konjunkturpakete verabschiedet, die aber wenig genützt haben. Und auch in dieser Krise kommen von den mehr als 800 Mrd. Dollar, die die USA in Konjunkturpakete investiert haben, nur fünf Prozent in der Wirtschaft an, in Deutschland ist die Wirkung sogar noch geringer.

Ebenso wirkungslos ist die Null-Zins-Politik, mit der die Investitionen der Unternehmen beflügelt werden sollen. In der Praxis richten sich Unternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen aber nicht nach den Zinsen, sondern nach den Geschäftsmöglichkeiten auf ihren Märkten. Sind diese eher schlecht, wie das in vielen Bereichen zurzeit der Fall ist, dann wird sich ein Unternehmen nicht ohne Not weiter verschulden. Sind die Perspektiven dagegen gut, dann spielen die Zinsen bei der Investitionsentscheidung keine große Rolle.

Präsident Obamas Top-Wirtschaftsberater Larry Summers gibt inzwischen zu, dass „große Teile der Wirtschaftswissenschaften völlig neu durchdacht werden müssen nach allem, was bisher passiert ist“ (Newsweek, 2.3.2009).

Aus diesem Grund ist der weitere Verlauf der Wirtschaftkrise, erst recht deren Ende, noch völlig offen. Sowohl die ersehnte wirtschaftliche Erholung in den nächsten zwei Jahren – wenngleich dies vermutlich nur mit der Entstehung neuer Blasen durch erhebliche Neuverschuldung einhergeht – ist möglich, als auch eine noch lang anhal-

Präsident Dr. Tim Nesemann

tende deflationäre Wirtschaftskrise, bis der unvorstellbar hoch gehebelte Schuldenberg der Welt getilgt ist.

Geschäftsmodell Sparkasse

Wirtschaftskrise heißt aber nicht Ende des Wirtschaftens; selbst wenn Märkte schrumpfen und Unternehmen insolvent ausscheiden, gibt es weiterhin einen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen. Und um dieses verbleibende Wirtschaften zu ermöglichen, werden Kreditinstitute benötigt. Kreditinstitute, deren Aufgabe darin besteht, Einlagen von Privatkunden und Unternehmen entgegenzunehmen und in Form von Krediten an Unternehmen und an Privatkunden wieder auszuleihen. Auf diese Aufgabe haben sich Sparkassen, öffentlich-rechtliche wie private, stets konzentriert und sind gerade deshalb bisher auch gut durch die Wirtschaftskrise gekommen. Dieses Sparkassengeschäft mit Kundeneinlagen und Kundenkrediten ist mühselig, kleinteilig und arbeitsaufwändig. Die Finanzkrise hat – und dies ist der einzig positive Aspekt – gnadenlos offengelegt, dass man ohne Arbeitseinsatz nachhaltig kein Geld verdienen kann. Die exorbitant hohen Renditen von Banken beruhten häufig auf Preissteigerungen in virtuellen und kundenfernen Geschäften auf den internationalen Kapitalmärkten, die jetzt eingebrochen sind. Viele nationale und internationale Banken haben also, anders als die Sparkassen und Volksbanken, nicht hauptsächlich – über ihre Firmenkunden – in steigende Effektivität und Produktion investiert, sondern in steigende Preise.
Dennoch ist die Finanz- und Wirtschaftskrise auch an den Sparkassen nicht spurlos vorbeigegangen und wird das auch in Zukunft nicht tun. Rückläufige Zinsspannen, steigende Cost-Income-Ratios und wachsender Bedarf an Risikovorsorge, insbesondere für Wertpapiere, haben die Überschüsse empfindlich zusammenschmelzen lassen.
Für die Frage, ob die Sparkassen in fünf oder zehn Jahren noch als Finanzdienstleister benötigt werden, spielt das aber praktisch keine Rolle. Jahresüberschüsse sind (temporär noch nicht einmal das) notwendige, keinesfalls aber hinreichende Bedingung für den unternehmerischen Erfolg in der Zukunft. Was zählt sind Kunden, die auch in Zukunft im Preis-Leistungs-Angebot der Sparkassen den höchsten Nutzen für sich wahrnehmen.
Die Sparkassen müssen sich also auf diese Frage, auf diesen Punkt konzentrieren.

Was ist zu tun?

In Zukunft wird der Wettbewerbsdruck weiter steigen, sei es, weil sich mancher Wettbewerber nun ebenfalls auf das Kundengeschäft ausrichtet oder sei es, weil die Märkte doch noch schrumpfen. Gleichzeitig werden unabhängig von der volkswirtschaftlichen Entwicklung und dem wettbewerbsbedingten Preisdruck die Ertragsmöglichkeiten für Kreditinstitute durch zum Teil bedenkliche Entwick-

lungen in der Rechtsprechung immer mehr eingeschränkt. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, muss also die Produktivität der Sparkassen deutlich gesteigert werden.
Dabei darf die hohe Qualität des Dienstleistungsangebotes aber nicht aufs Spiel gesetzt werden. Im Privatkundengeschäft beispielsweise zeigen die – freilich häufig übertriebenen – Kritikpunkte von Verbraucherverbänden an der Beratungspraxis bei Banken doch, dass die Kunden einen hohen Bedarf an guter, persönlicher und bedürfnisgerechter Beratung haben. Daher müssen zukünftig Kennzahlen zur Messung der Dienstleistungsqualität in der strategischen und operativen Steuerung der Sparkassen ein größeres Gewicht bekommen.
Zur Steigerung der Produktivität der Sparkassen-Finanzgruppe sind in den letzten Jahren viele enorm wichtige Schritte umgesetzt worden. Hierzu zählen beispielsweise die Fusion der beiden IT-Dienstleister der Sparkassen zur Finanz Informatik sowie die Abwicklung des beleghaften Zahlungsverkehrs in wenigen Gesellschaften. Aber das alles kann nur der Anfang sein. Denn eben dieser IT-Dienstleister macht auch deutlich, welch große Komplexität vorgehalten und bezahlt werden muss, um 400 oder mehr verschiedene Kreditbearbeitungsprozesse, Kontoeröffnungsprozesse und ähnliches technisch abbilden zu können.
Die Sparkassen müssen also endlich ihre unglaublichen Synergiepotenziale im Mengengeschäft wirksam heben. Dazu ist es notwendig, dass die Sparkassen an einem Strang ziehen. Möglichkeiten und Modelle dazu sind bereits vorhanden, seien es die Landesbank Berlin mit ihrer Bankenservice GmbH, die Norddeutsche Retail-Service AG oder andere Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe.

In diesem Zusammenhang muss auch der Nutzen von Beteiligungen an Dienstleistern oder Produktlieferanten aus Sicht der Sparkassen neu bewertet werden. Der zähe Konsolidierungsprozess bei den Landesbanken, aber auch die riesigen ungenutzten Synergiepotenziale bei den öffentlichen Versicherern und bei den Bausparkassen zeigen, dass der vermeintliche Vorteil aus der gesellschaftsrechtlichen Mitbestimmung gleichzeitig eine Einschränkung an Flexibilität bedeutet. Denn trotz dieser Beteiligungen gelingt es offenbar vielfach nicht, die Vorstellungen der Sparkassen durchzusetzen.
Die Sparkassen dürfen nicht daran gehindert werden, wettbewerbsfähig zu bleiben, nur weil die Hebung von dringend benötigten Kostendegressionen an Fragen der Beteiligungshöhe, der Gremienbesetzungen, von Standorten oder sogar an Eitelkeiten scheitert. Kein Kunde wird zukünftig bereit sein, hierfür noch zu bezahlen.
Wir haben es in der Hand, die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen sicherzustellen.

HAFTUNGSVERBUND

In diesem Jahr freuen wir uns, im Rahmen des Blickpunkts einen Gastbeitrag unserer österreichischen Mitgliedssparkassen veröffentlichen zu können.
In Österreich haben die Sparkassen ihre Zusammenarbeit auf ein neues Fundament gestellt. Mit der Beschreibung dieses Konzeptes möchte der Verband der Freien Sparkassen die Leser über neue Wege von Sparkassen in Europa informieren. Die Frage, ob die in Österreich aufgebauten Strukturen in anderen Ländern in gleicher oder ähnlicher Form umgesetzt werden können, soll mit diesem Beitrag nicht beantwortet werden.

Blickpunkt

Die Idee

„Aus der Notwendigkeit, auf die Änderungen des wirtschaftlichen und strukturellen Umfeldes und zwar sowohl im nationalen als auch internationalen Bereich zu reagieren, ergibt sich für die s-Gruppe Handlungsbedarf, will sie als dezentral und österreichweit angelegter Sektor auf Dauer als unabhängige Einheit bestehen bleiben."
Diese Zeilen stammen nicht aus einem im Zuge der aktuellen Finanzkrise kürzlich erarbeiteten Strategiepapier, sondern sind der Präambel der Grundsatzvereinbarung aus dem Jahr 2002 entnommen, die das Herzstück des Haftungsverbundes der österreichischen Sparkassen darstellt. Sie bestätigen heute mehr denn je die Gültigkeit dieser visionären Idee, denn der Zusammenschluss von Sparkassen zum Zweck einer wechselseitigen Haftung für die Einlagen ihrer Kunden bezeugt besonders in Zeiten wie diesen, dass unsere Kunden ihrer Sparkasse zu Recht Vertrauen schenken können.
Die wesentlichen Ziele des 2002 gegründeten Haftungsverbundes sind neben einer (über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus) erweiterten Einlagensicherung für ihre Kunden die Etablierung eines Frühwarnsystems, welches durch vereinheitlichte Risikomesssysteme die Notlage eines Mitglieds des Haftungsverbundes schon im Vorfeld erkennen und verhindern soll sowie der Aufbau einer gemeinsamen Geschäfts- und Marktpolitik der Mitglieder, um ein Produktsortiment für Kunden umfassend und kostengünstig anbieten zu können.
Darüber hinaus bilden Erste Bank und Sparkassen sowohl nach österreichischem Recht als auch nach der europäischen Banken-Richtlinie eine Kreditinstitutsgruppe, in der sie über den Haftungsverbund einen Konsolidierungskreis bilden.

Umsetzung

Durch die Vereinbarung zwischen der Erste Bank als Leitinstitut der österreichischen Sparkassengruppe und 54 Sparkassen begründet, wurde der Haftungsverbund im Laufe der Zeit im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ausgebaut und parallel dazu die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern weiter intensiviert. Die Etablierung des „Haftungsverbund Neu“ durch Abschluss einer Zusatzvereinbarung, die der gemeinsamen, jedoch im mehrheitlichen Anteilsbesitz der Erste Bank stehenden Haftungsgesellschaft weitreichende Befugnisse gegenüber den Sektorinstituten einräumt, hat 2007 einen großen Schritt in Richtung Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Erste Bank und Sparkassen bedeutet. Der Haftungsgesellschaft werden in der Zusatzvereinbarung Mitwirkungsrechte bei der Bestellung von Vorstandsmitgliedern, beim jeweiligen Jahresbudget einschließlich des Investitionsplanes und notwendiger Kapitalmaßnahmen sowie bei den allgemeinen Grundsätzen der Geschäftspolitik eingeräumt. In Verbindung mit einer auf zehn Jahre verlängerten Kündigungsfrist gibt ihr dies die Möglichkeit, bestimmenden Einfluss auf die Tätigkeit der Mitglieder auszuüben. Während zu Beginn des Haftungsverbundes im Jahr 2002 rund ein Sechstel aller österreichischen Sparkassen nicht an dem Verbund teilnahmen, ist aktuell nur eine Sparkasse dem Haftungsverbund Neu nicht beigetreten.

EU-Konformität

Der infolge von Beschwerden eines Mitbewerbers eingeschaltete Oberste Gerichtshof der Republik Österreich (OGH) hält in einem Urteil explizit fest, „[...] dass vom vertraglich begründeten Haf-

tungsverbund zusätzliche Sicherheitseffekte ausgehen, und dass dadurch zusätzliches Kundenvertrauen entsteht. Zutreffend weist das Erstgericht in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Haftungsverbund vor allem danach trachtet, Sicherungsfälle durch die verbundinternen Sanierungs- und Beteiligungsmaßnahmen erst gar nicht entstehen zu lassen; daraus ziehen aber ohne Zweifel auch die Verbraucher in angemessener Weise Gewinn.“
Der OGH weist auf Basis des EU-Rechts auch Vorwürfe zurück, dass es durch die Kooperation im Sparkassensektor zu wettbewerbsrechtlichen Nachteilen kommen könnte: „[...] Soweit mit diesen Verträgen eine Produktions-, Vertriebs-, Werbungs-, Spezialisierungs- und Garantiegemeinschaft gegründet wird, überwiegen die Vorteile sowohl für die Verbraucher im Sinne einer Verbreiterung und Modernisierung des Angebots, die vor allem kleine Sparkassen sonst nicht finanzieren könnten, als

auch für den technischen Fortschritt, der dadurch auf breiterer Basis erzielt werden kann. Durch den Interbrandwettbewerb mit Kreditinstituten anderer Sektoren vor Ort ist auch die Weitergabe von Preisvorteilen an die Kunden gewährleistet und eine Ausschaltung des Wettbewerbs nicht zu befürchten. Zutreffend verweist das Erstgericht in diesem Zusammenhang auch auf die Effizienzvorteile, die kleinere Gruppenteilnehmer aus der Zusammenarbeit durch gemeinsame EDV-Plattform und IT-Anwendungen, gemeinsame Entwicklung von Produkten, gemeinsames Produktmarketing und den gemeinsamen Werbeauftritt ziehen."

Die abgeschlossenen Zusatzvereinbarungen führen zur Begründung einer wirtschaftlichen Einheit (Zusammenschluss) im Sinne der europäischen Fusionskontrollverordnung bzw. des österreichischen Kartellgesetzes und wurden von den Kartellbehörden formell genehmigt.

Dass vom Haftungsverbund behauptet wird, er sei das bestgeprüfte Kooperationsmodell in Europa, wird nach diesen Ausführungen wohl niemanden mehr überraschen. Besonders stolz sind seine Mitglieder aber darüber, dass von einem hochrangigen Vertreter der EU-Kommission der Haftungsverbund als das Referenzmodell Europas für alle anderen dezentralen Sektoren bezeichnet wurde!

Der Weg zu dieser hohen Qualität an Kooperation – und Rechtssicherheit – war jedoch nicht immer leicht. Es galt viele Widerstände, Zweifel und Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen und von seinen Befürwortern vor allem sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten, da die Mitgliedschaft im Haftungsverbund einen großen Vertrauensbeweis aller Partner darstellt.

Haftungsverbund GmbH

Nicht nur aus Sicht der Erste Bank sondern auch aus Sicht der Sparkassen hat sich ihre Zusammenarbeit in den letzten Jahren – vor allem seit Beginn des Haftungsverbundes im Jahr 2002 – sehr gut entwickelt. Die Sparkassen sind in den Entscheidungsgremien der österreichischen Sparkassengruppe bzw. des Haftungsverbundes Neu ausreichend vertreten und auch mit vielen Mitwirkungsrechten ausgestattet. Der Hauptvorteil ist in erster Linie – für alle beteiligten Sparkassen – die Möglichkeit einer uneingeschränkten Zusammenarbeit auf kartellrechtlich abgesicherter Basis. Beispiele für die nunmehr umfassenderen Zusammenarbeitsmöglichkeiten in einem „neuen" Kooperationsverbund sind das gemeinsame Vorgehen bei IT-Entwicklungen (Harmonisierung Marktservice), gemeinsame Produktentwicklungen (gemeinsames Aktionsprodukt zum Weltspartag), die Umsetzung einheitlicher Vertriebskonzepte (österreichweite Kooperation mit Tchibo), die Liquiditätsgarantie für Sparkassen durch die Erste Bank und vieles mehr. Daneben stellt der Haftungsverbund sicher, dass auch außerhalb der städtischen Ballungsräume ein umfassendes Angebot an allen von den Kunden benötigten Finanzdienstleistungen gewährleistet ist.

Für die drei Hauptaufgaben (erweiterte Einlagensicherung, Frühwarnsystem und gemeinsame Geschäfts-/Marktpolitik) fungiert die im Jahr 2008 gegründete Haftungsverbund GmbH hinsichtlich der Hauptaufgaben „erweiterte Einlagensicherung" und „Frühwarnsystem" als „Drehscheibe" im Haftungsverbund. Sie ist im Falle erforderlicher Sanierungsmaßnahmen einer Sparkasse auch federführend für die Koordination und Durchführung verantwortlich. Weiters ist diese auch mit Aufgaben befasst, die sich aus zusätzlichen Rechten ergeben, die ihr seitens der Sparkassen im Zuge der Bildung des Haftungsverbundes eingeräumt wurden (z.B. Informations- und Kontrollrechte aus den Rulebooks).

Für die Bereiche Risikomanagement, Treasury und Interne Revision haben die Haftungsverbund Neu-Mitglieder im wechselseitigen Interesse für verschiedene geschäftliche und organisatorische Bereiche Grundsätze zur Begrenzung des Haftungsrisikos festgelegt und in sogenannten Rulebooks festgehalten. Dadurch, dass sich jede Sparkasse dazu verpflichtet, die Bestimmungen dieser Rulebooks einzuhalten, soll das Risiko des jeweiligen Haftungsverbundmitgliedes so begrenzt werden, dass den anderen Haftungsverbundmitgliedern ihre Haftung laut Grundsatzvereinbarung zugemutet werden kann.

Im Hinblick auf Konsolidierung, weitreichende Vereinheitlichungen und Einflussmöglichkeiten der Haftungsgesellschaft bedarf es abschließend vielleicht der Klarstellung, dass die Sparkassen ihre regionale Eigenverantwortung beibehalten. Entscheidungen über Kredite etc. fallen weiterhin in der jeweiligen Sparkasse, vor Ort und rasch. Der Erhalt des Wettbewerbsvorteils „Hausbankfunktion" ist daher weiterhin gegeben, wodurch der Haftungsverbund einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, die regionale Verbundenheit der Sparkassen zu bewahren.

Verbandstagung Bremen

2008 hatte der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen ein „Heimspiel“: Die Tagung und Mitgliederversammlung der Freien Sparkassen kehrte nach 2002 an den Sitz der Geschäftsstelle zurück. Auf Einladung der Sparkasse Bremen AG konnten wieder zahlreiche Vertreter unserer Mitgliedsinstitute aus vielen europäischen Ländern begrüßt werden.
Nachdem der zu diesem Zeitpunkt scheidende Präsident Jürgen Oltmann die Tagung eröffnet und in seiner Doppelfunktion als Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Bremen AG die Teilnehmer willkommen geheißen hatte, ging Jürgen Oltmann in seinem Lagebericht auf die Situation der Freien Sparkassen und ihr Umfeld ein:
Die Finanzkrise habe gezeigt, dass die Sparkassen nicht – wie von Kritikern seit Jahren behauptet – ein Auslaufmodell seien, sondern dass im Gegenteil gerade die Sparkassen und Volksbanken mit ihrer regionalen Verwurzelung dazu beigetragen hätten, das Finanzsystem in diesen turbulenten Zeiten zu stabilisieren. Während die Großbanken am Kapitalmarkt weltweit Billionen von EUR verloren hätten, stand die Sparkassenorganisation den Privatkunden und den Gewerbetreibenden mit finanziellem Rat zur Seite und half mit, eine Kreditklemme für Privatpersonen und Unternehmer zu verhindern. An die Adresse der Landesbanken, die ebenfalls zur Sparkassenorganisation gehören und sich durch große Engagements an den Kapitalmärkten in ebenso großen Problemen befinden wie die Privatbanken, richtete Präsident Oltmann den eindringlichen Appell, wieder zu ihren Wurzeln zurückzukehren und die aktuellen Geschäftsmodelle zu verändern. Hierbei sei vor allem die Politik als Miteigentümer gefragt, endlich die regionale Blockadehaltung aufzugeben und an einem Konsolidierungsprozess unter den Landesbanken mitzuwirken.
Damit die Sparkassen auch in Zukunft weiterhin erfolgreich im Wettbewerb bestehen könnten, gelte es nach Ansicht von Herrn Oltmann, das Geschäftsmodell der Sparkassen weiterzuentwickeln. So werden die Zinseinnahmen, bisher die stärkste Ertragsquelle der Sparkassen, auch zukünftig durch geringere Margen weiter sinken. Hier seien gerade bei den deutschen Sparkassen noch einige Veränderungsprozesse notwendig, um über eine verbesserte Führungs- und Vertriebskultur die Provisionserlöse nachhaltig zu steigern und über Kräftebündelungen im gesamten Sparkassenlager die Kostenquote deutlich zu senken.

Zum Abschluss seines Berichtes ging der Präsident dann noch auf das im Sachverständigengutachten Hackethal/Kotz erwähnte Thema der Rechtsform von Sparkassen ein. So wäre es seiner Ansicht nach natürlich wünschenswert, wenn bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen durch Umwandlung in eine Stiftungslösung der öffentliche Auftrag vom operativen Geschäft weitgehend getrennt würde. Allerdings sind leider in einigen Bundesländern bei der jüngsten Sparkassengesetzgebung sachfremde politische Beweggründe zu beobachten gewesen, die latent auch immer das Thema der Veräußerbarkeit auftreten ließen. Da dies für die vorher beschriebene Kräftebündelung und damit Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Sparkassen eher kontraproduktiv sei, solle man die Frage der Rechtsform in diesen schwierigen Zeiten eher untergeordnet betrachten.
Nach dem Lagebericht folgten die Grußredner. Den Anfang machte auf dieser Tagung ein für die Freien Sparkassen besonderer Gast: Heinrich Haasis,

Jürgen Oltmann

Heinrich Haasis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) nahm an der Tagung teil und unterstrich durch seine Anwesenheit, dass die Freien Sparkassen trotz der privaten Rechtform eindeutig zur deutschen Sparkassenfamilie gehören. DSGV-Präsident Haasis gab den Teilnehmern eine aktuelle Einschätzung zur Finanzkrise und zur Situation der Sparkassen und Landesbanken. Er machte deutlich, dass es auch gegenüber Brüssel darauf ankomme, als Sparkassenorganisation mit einer Stimme zu sprechen und das Thema Rechtsformen in der aktuellen Situation nicht weiter zu verfolgen.

Im Anschluss an Herrn Haasis begrüßte Jens Böhrnsen, Bürgermeister und Präsident des Senats von Bremen, die Teilnehmer in der Freien Hansestadt Bremen. Als Regierungsoberhaupt des Stadtstaates Bremen gab er den Teilnehmern einen Überblick über die Entwicklung der Städte Bremen und Bremerhaven und lud die Gäste ein, abseits der Tagung erneut die Region zu besuchen und Bremens Vielfalt zu erleben.

Im Anschluss daran gaben Herr Kommerzialrat Hochegger, Präsident des Österreichischen Sparkassenverbandes, Herr De Vicente, Repräsentant des spanischen Sparkassenverbandes CECA sowie Herr Dr. Häcki, CEO der AEK Bank 1826 aus Thun in der Schweiz, in ihren Grußworten den Teilnehmern einen Bericht über die aktuelle Situation des Wirtschaftssektors in Ihren Heimatländern.
Traditionell lädt der Verband Festredner aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Praxis zu seiner Tagung ein. In Bremen konnten wir Herrn Professor Dr. Heinz-Otto Peitgen, Geschäftsführer der MeVis GmbH als Gastreferenten gewinnen.
Herrn Professor Dr. Peitgens Spezialgebiet sind die mathematische Chaostheorie und Fraktale. In seinem Vortrag legte er den Teilnehmern dar, dass es in der Natur sowohl einen strukturierten Bereich als auch einen komplett chaotischen Bereich gibt, die in ständiger Koexistenz leben. Auf die Finanzbranche übertragen könne man zwar viele Dinge mit komplexen Messinstrumenten vorausplanen, aber durch die chaotische Komponente könne es immer zu unvorhergesehenen Ereignissen kommen, die so nicht planbar wären.
Neben dem offiziellen Vortragsprogramm bot die Arbeitstagung der Freien Sparkassen wieder eine gute Plattform für den Austausch von wirtschafts- und sparkassenpolitischen Informationen und Meinungen. Bedingt durch die sich verschärfende Finanzmarktkrise war der Medienandrang im vergangenen Jahr

vlnr: Dr. Tim Nesemann, Vorstandsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG und neugewählter Präsident des Freien Verbandes (ab 1.2.2009), KommR Mag. Alois Hochegger, Präsident österreichischer Sparkassenverband und Vorsitzender des Vorstandes Kärntner Sparkasse AG, Gerhard Harder, Aufsichtsratsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG, Dr. Harald Vogelsang, 2. stellv. Verbandsvorsteher Freier Verband und Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG, Jürgen Oltmann, Präsident Freier Verband und Vorstandsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG (bis 31.1.2009), Wolfgang Pötschke, 1.stellv. Verbandsvorsteher Freier Verband und Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse zu Lübeck AG, Dr. Markus Limberger, außerordentliches Mitglied des Verbandsvorstandes und Vorstandsvorsitzender Allgemeine Sparkasse Oberösterreich AG

besonders hoch. Den anwesenden Pressevertretern wurden die Positionen der Freien Sparkassen in einem Pressegespräch deutlich gemacht. Die öffentliche Berichterstattung half dabei, die Anliegen und Standpunkte nach Außen zu vertreten.

Das Rahmenprogramm führte die Teilnehmer der Tagung zum Abschluss nach Bremerhaven, wo den Tagungsgästen im Rahmen einer Führung durch das deutsche Auswandererhaus ein Eindruck von den Beweggründen und Lebensumständen der Auswanderer des 19. Jahrhunderts vermittelt wurde und welche Rolle die Seestadt in dieser Zeit spielte. Anschließend wurde bei strahlend blauem Himmel mittels einer Schiffstour das riesige Containerterminal in Bremerhaven besichtigt, wodurch die Teilnehmer einen Einblick in die heutige Bedeutung des Hafens für Im- und Export bekamen. Ein Abendessen auf der zum Restaurantschiff umgebauten 3-Mast-Bark „Seute Deern“ rundete den maritimen Tag ab, der den Teilnehmern sicher in guter Erinnerung bleiben wird.

Mitgliedssparkassen in Europa

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Stand: 31.12.2008

Sparkassen	Bilanz-summe Mio. EUR	Kredit-volumen 1) Mio. EUR	Gesamt-einlagen 2) Mio. EUR	Eigen-kapital 3) Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter 4)	Anzahl der Bank-stellen 5)
Aktiengesellschaften						
Bordesholmer Sparkasse AG Bahnhofstraße 43-47 24582 Bordesholm	678	363	354	48	156	8
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG Markt 29, 25821 Bredstedt	433	369	170	18	91	2
Die Sparkasse Bremen AG Am Brill 1-3, 28195 Bremen	10 819	7 579	7 339	522	1 605	62
Hamburger Sparkasse AG Ecke Adolphsplatz/Gr. Burstah 20457 Hamburg	36 100	22 668	28 750	1 622	5 434	276
Sparkasse zu Lübeck AG Breite Straße 18-28, 23552 Lübeck	2 160	1 510	1 152	132	465	15
Sparkasse Mittelholstein AG Röhlingsplatz 1, 24768 Rendsburg	1 691	1 297	1 020	83	266	11
Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts						
Sparkasse Westholstein Dithmarscher Platz 2, 25524 Itzehoe	2 659	1 988	1 952	152	743	38
Insgesamt 7 Institute	**54 540**	**35 774**	**40 737**	**2 577**	**8 760**	**378**

1) Forderungen an Nichtbanken, Wechselkredite, Durchlaufende Kredite, Avale

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten

3) Rücklagen gem. § 10 KWG, ohne Genussrechtskapital und nachrangige Verbindlichkeiten sowie ohne Zuführung aus Gewinnverwendung 2008

4) ohne Konzernmitarbeiter

5) ohne Selbstbedienungs-Service-Stellen

Boomphase und Rezession

Zu Beginn des Jahres 2008 erweckten die Wirtschaftsdaten noch den Eindruck, als setze sich der Aufschwung weiter fort. Die deutsche Wirtschaft wuchs im ersten Quartal noch ausgesprochen dynamisch, was teilweise auch der milden Witterung im Winter zugeschrieben werden musste. Von der seit Sommer 2007 offenkundig gewordenen, zunächst wegen ihres Ursprungs im zweitklassigen US-Immobiliensektor als „Subprime“ bezeichneten Krise war am Anfang des Jahres in der Realwirtschaft jedenfalls noch nichts zu spüren. Dies änderte sich jedoch ab dem 2. Quartal deutlich. Die laufende Rate des Bruttoinlandsproduktes sackte erstmals seit 2005 ins Minus und blieb auch im zweiten Halbjahr rückläufig. Per Definition befindet sich Deutschland somit seit dem Sommer 2008 in der Rezession. Am Jahresverlauf war diese Entwicklung noch nicht abzulesen. Der reale Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen übertrifft im Gegenteil sogar noch den Wert aus 2007 um 1,3%. Allerdings ist dies ausschließlich dem starken Anfangsquartal geschuldet.

Finanzkrise macht staatliche Interventionen notwendig

Nachdem man an den Märkten nach erfolgten Auffangaktionen von Bear Sterns in den USA und Northern Rock in Großbritannien davon ausgegangen war, dass die Regierungen kein systemrelevantes Kreditinstitut in die Pleite entlassen würden, trat im Spätsommer 2008 genau dies ein. Wahrscheinlich als Mahnung zur Vorsicht in zukünftigen Boomzyklen wurde an der US-amerikanischen Lehman Brothers ein Exempel statuiert. Hatte man noch kurz davor die mit staatlicher Garantie arbeitenden US-Immobilienfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac verstaatlicht und den Versicherungskonzern AIG mit großen Summen gestützt, verweigerte man Lehman Brothers die staatliche Hilfe. Allerdings hatte man wohl die Markteffekte der Lehman-Pleite unterschätzt: Durch massive Ansteckungseffekte brach der Interbankenmarkt praktisch völlig ein, zudem explodierten die Refinanzierungskosten der sich überwiegend am Kapitalmarkt refinanzierenden US-Investmentbanken durch extrem gestiegene Risikoprämien. Die daraus resultierende Panik erfasste auch alle anderen Kreditinstitute in den USA sowie in Europa und vielen Schwellenländern.

Die Liquidität und das Vertrauen in den Finanzsektor drohten völlig zusammenzubrechen. Den Regierungen blieb keine andere Wahl, als Rettungsschirme aufzuspannen und Stützungspakete zu

Die ordentlichen Mitglieder

schnüren. In Deutschland wurden als erste politische Reaktion auf die Verwerfungen zunächst die Spareinlagen von Kunden deutscher Banken staatlich garantiert. Danach folgte die Einrichtung eines Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Die Bundesregierung stellte dem SoFFin 480 Mrd. EUR zur Verfügung, mit dem dieser Garantien für Bankverbindlichkeiten ausstellen, Risiken von abscheibungsgefährdeten Vermögensgegenständen übernehmen und Eigenkapital bereitstellen konnte. Speziell mit der Eigenkapitalhilfe sollte verhindert werden, dass Kreditinstitute durch erlittene Verluste gezwungen sind, ihre Bilanzen zu verkürzen, um tragfähige Eigenkapitalquoten einzuhalten, denn auf den Kapitalmärkten war im Herbst 2008 praktisch kaum Eigenkapital zu bekommen. Da in anderen Ländern Regierungen die Eigenkapitalbasis ihrer Institute mit teilweise verpflichtend angeordneten Kapitalspritzen stärkten, war und ist es auch in Deutschland eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit, die Eigenkapitalbasis zu stärken. So stellten denn auch nach zögerlichem Beginn diverse deutsche Institute entsprechende Anträge bei der SoFFin, deren „prominentester" Antragsteller sicher die Commerzbank ist, der im Gegenzug für eine Übernahme von 25% des Grundkapitals knapp 20 Mrd. EUR an Eigenkapitalhilfen zur Verfügung gestellt wurden.

Besondere Herausforderungen an die Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank musste seit dem Sommer 2007 aufgrund des Krisenszenarios die Finanzwirtschaft zur Stützung mit zahlreichen Sondertendern flexibel mit Liquidität ausstatten. Dabei behielt sie ihr oberstes Ziel – die Geldwertstabilität – trotzdem immer im Auge. Anders als die US-Notenbank zögerte die EZB lange damit, die Leitzinsen zu senken. Im Juli 2008 wurden diese im Gegenteil sogar noch einmal um einen viertel Prozentpunkt erhöht. Der Rohölpreis erreichte damals mit rund 140 Dollar pro Barrel seine Spitze und auch die Verbraucherpreise stiegen trotz der Finanzkrise deutlich an. Mit einer Inflationsrate im Euroraum von 4% im Sommer des letzten Jahres lag man damit deutlich über der Zielgröße von 2% und die Inflationserwartungen nahmen immer mehr zu. Es bestand also Handlungsbedarf und mit dem Erhöhungsschritt ist es der Notenbank auch gelungen, die Inflationserwartungen zu zügeln.

Der hohe Ölpreis wurde zunehmend zu einem starken Belastungsfaktor und hatte neben der Finanzkrise sicher auch maßgeblichen Anteil am Einbruch der Weltkonjunktur. Glücklicherweise reagierte der Ölpreis auf die eingetrübten Aussichten mit einem schnellen Preisverfall um über 70% bis zum Jahresende, so dass sich die Steigerungsraten der Verbraucherpreise in allen Industrienationen abschwächten. Dadurch wurde es der EZB ermöglicht, eine expansivere Geldpolitik zu fahren, die mit Beginn des 4. Quartals 2008 auch offenkundig immer notwendiger wurde. So senkte die EZB die Leitzinsen zwischen Oktober und Dezember in mehreren Schritten von 4,25% auf 2,5%. Gleichzeitig wurde das Ausschreibungsverfahren ihrer Offenmarktoperationen vom Zinstender auf einen Mengentender umgestellt, damit sich alle Banken ausreichend mit Liquidität versorgen konnten. Zwar wurde durch diese Maßnahmen der Euro-Geldmarkt massiv geflutet, auf die Inflation hatten sie jedoch keine Auswir-

kungen. Die Wachstumsrate der Geldmenge M3, mit der man das den Nichtbanken zur Verfügung stehende Geldvolumen misst, nahm im Gegenteil aufgrund der Rezession und der durch die Finanzkrise abgeschwächten Kreditvergabe eher ab.

Kreditmittel ausreichend vorhanden

Durch das bewährte 3-Säulen-System der deutschen Kreditwirtschaft konnte trotz Finanzkrise das Kreditvolumen an Unternehmen weiter wachsen. Hierzu haben Sparkassen und Volksbanken maßgeblich beigetragen. Vor allem im ersten Halbjahr 2008 herrschte noch eine hohe Dynamik bei neuen Zusagen und Auszahlungen. Durch die Rezession schränkten viele Wirtschaftsunternehmen in der zweiten Jahreshälfte ihre Investitionspläne ein, was zyklisch eine normale Reaktion ist. Sollten deshalb kurz- und mittelfristig die Kreditvolumina stagnieren, so ist dies kein Ausdruck einer Angebotsrestriktion seitens der Kreditwirtschaft – wie gerne von den Medien behauptet – sofern es die Versorgung des Mittelstandes betrifft. Allerdings dürften Großkredite für Großunternehmen wegen der Refinanzierungsproblematik an den Kapitalmärkten stärker von den dortigen Verwerfungen berührt werden. Natürlich werden die Banken in der Phase der Rezession auf die erhöhten Bonitätsrisiken reagieren, so dass sich Kreditnehmer eventuell auf steigende Kreditzinsen einstellen müssen.

Staatshaushalt und Arbeitsmarkt 2008 mit positiven Zahlen

Während die Nachrichten aus der Finanzwelt eher betrüblich waren, konnten einige gesamtwirtschaftliche Kennzahlen durchaus mit erfreulichen Daten aufwarten. Neben der bereits erwähnten gesunkenen Inflationsrate entwickelten sich Staatshaushalt und Arbeitsmarkt im letzten Jahr recht positiv. Zwar kam man im Bundeshaushalt nicht ohne Defizit aus, aber eine gute Finanzlage bei Ländern und Gemeinden sorgte nach 2007 wieder für einen annähernd ausgeglichenen Gesamthaushalt. Dies wird angesichts der massiven Hilfsprogramme 2009 sicher nicht wiederholbar sein, doch war mit dem 2008er Niveau ein Start von einem halbwegs günstigen Punkt aus möglich. Die Finanzpolitik wird möglicherweise von dort ausgehend einen gewissen Impuls generieren.

Der schon vor zwei Jahren begonnene Aufschwung bei der Erwerbstätigkeit setzte sich auch 2008 weiter fort. Vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs weiter an und so war die Zahl der Arbeitslosen rund 2 Mio. niedriger als noch 2006. In der zweiten Jahreshälfte kam dieser erfreuliche Trend leider zum Erliegen und im Dezember stieg die Arbeitslosenzahl im saisonbereinigten Monatsverlauf erstmals seit Jahren wieder an. Allerdings liegt diese Zahl immer noch deutlich unter dem Vorjahresvergleichswert.

Dass die Rezession den Arbeitsmarkt erreicht hat, kann man auch an den im November rapide angestiegenen Zahlen von Kurzarbeitern ablesen. Hoffnungsvoll stimmt aber die Tatsache, dass die Unternehmen bislang vorwiegend von diesem Instrument Gebrauch gemacht haben, anstatt gleich zu betriebsbedingten Kündigungen zu greifen. Die Firmen passen sich damit an die sich seit dem Sommer verschlechternden Auftragseingänge an. Im November letzten Jahres waren die Bestellungen in der deutschen Industrie sogar um zweistellige Prozentzahlen gesunken, weil vor allem aus dem Ausland deutlich weniger geordert wurde.

Bordesholmer Sparkasse AG

Historie

Im Jahre 1845 wurde die Bordesholmer Sparkasse am 28. Mai unter dem Namen „Spar- und Leihkasse der Ämter Bordesholm, Kiel und Cronshagen“ gegründet. Für die Sparkasse folgten ereignisreiche Jahre, ausgelöst durch die sozialen und politischen Entwicklungen in Schleswig-Holstein. Der Gesamtstaat Schleswig-Holstein stand zu der Zeit unter dänischer Krone. Nach Beendigung des deutsch-dänischen Krieges im Jahre 1864 gelangten die Herzogtümer Schleswig und Holstein unter preußischen Einfluss, worauf für die freien-öffentlichen Sparkassen eine schwierige Zeit anbrach. Da das preußische Staatswesen in Bezug auf das Sparkassenwesen eine komplett konträre Ausrichtung hatte als das dänische, gerieten die privaten Sparkassen in Schleswig-Holstein unter starken politischen Druck. Erst im Jahre 1930 wurden die Weichen für die weiter in der privaten Rechtsform firmierende Bordesholmer Sparkasse neu gestellt. Mit der Akzeptanz einer vom preußischen Innenministerium aufgestellten Mustersatzung ging die Verleihung der Rechte einer juristischen Person (wirtschaftlicher Verein) an die Bordesholmer Spar- und Leihkasse einher und die Rechtsunsicherheit hatte ein Ende. 1990 fusionierte unser Mitgliedsinstitut mit der Sparkasse St. Margarethen-Wacken. Der letzte große Meilenstein war im Jahre 2006 der Wechsel der Rechtsform in eine Aktiengesellschaft.
Die Bordesholmer Sparkasse AG betreibt als Sparkasse das Universalbankgeschäft und bietet ihren Kunden in den Filialen, die bedingt durch die Übernahme der Sparkasse St. Margarethen-Wacken quer über das Bundesland Schleswig-Holstein verteilt sind, die komplette Palette von Finanzdienstleistungen an. Dazu arbeitet sie im Verbundgeschäft mit starken Partnern wie der LBS Schleswig-Holstein, der Hamburger Sparkasse AG sowie der HSH Nordbank und LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse GmbH zusammen.
Sie hat ihren Sitz in Bordesholm und betreut ihre Kunden in der Region mit 156 Mitarbeitern in 8 Filialen.

Das Geschäftsjahr 2008

Für die Bordesholmer Sparkasse AG stand im Berichtsjahr die Steigerung der Vertriebskraft im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Als Vertriebssparkasse hat unser Mitgliedsinstitut ihre Aktivitäten konsequent an den Bedürfnisssen der Kunden ausgerichtet, um so die Kundenbeziehungen weiter zu intensivieren. Der Erfolg dieser Bemühungen spiegelt sich in vielen Bilanzpositionen wieder. So stie-

gen Bilanzsumme und Geschäftsvolumen jeweils um überdurchschnittliche 5,4% auf 677,6 Mio. EUR bzw. 682,6 Mio. EUR. Die Forderungen an Kunden nahmen trotz beginnender Wirtschaftskrise um 1,2% auf 363,5 Mio. EUR seit Jahren erstmals wieder leicht zu. Eine rege Nachfrage nach Wohnungsbaufinanzierungen war der Grund für die Ausweitung.
Das Gesamtmittelaufkommen von Kunden (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,3% oder 4,9 Mio. EUR auf 371,9 Mio. EUR verringert. Der Rückgang resultierte insbesondere aus der Rückführung von Verbindlichkeiten gegenüber institutionellen Anlegern in Höhe von 18,6 Mio. EUR. Das bereinigte Gesamtmittelaufkommen im engeren Sinne (ohne institutionelle Einlagen) ist hingegen um 13,7 Mio. EUR gestiegen und hat sich damit ausgezeichnet entwickelt.
Die massiven Verwerfungen an den Finanzmärkten, die sich zu der schwersten Krise seit 1929 entwickelten, führten auch bei den Wertpapieren der Bordesholmer Sparkasse AG sowie bei einer strategischen Beteiligung zu einem Bewertungsaufwand, der in dieser Höhe nicht erwartet wurde. Vor diesem Hintergrund

Vorstandsmitglied Sven Jahnke

Vorstandsvorsitzender Detlev Küfe

bezeichnet die Bordesholmer Sparkasse AG ihre Ertragslage mit einem Jahresüberschuss von 75.000 EUR als nicht zufriedenstellend.
Der Zinsüberschuss sowie die laufenden Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen stiegen um 2,2 Mio. EUR auf 13,6 Mio. EUR, was vor allem auf deutlich höhere Erträge aus einem Wertpapierspezialfonds aufgrund der in 2007 erfolgten Verlagerung von Erträgen in das Jahr 2008 wegen der Unternehmenssteuerreform zurückzuführen ist. Das Provisionsergebnis in Höhe von 3,8 Mio. EUR konnte auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.
Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr merklich auf 12,2 Mio. EUR. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung nahmen dabei geringfügig auf 7,7 Mio. EUR zu. Dagegen sank der Sachaufwand um 15,8% auf 4,5 Mio. EUR. Durch den gestiegenen Zinsüberschuss erhöhte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung um 2,7 Mio. EUR auf 5,7 Mio. EUR und traf damit die Erwartungen von Beginn des Jahres.

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG

Historie

Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG wurde am 28. Juni 1840 gegründet. Da die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein zu der damaligen Zeit unter der dänischen Krone standen, handelte es sich auch hier um eine private Sparkassengründung, an der 28 Bredstedter Bürger beteiligt waren. Im Jahr 1899 erfolgte die erste Rechtsformänderung. Um ausschließlich „zum Segen" der Stadt Bredstedt gemeinnützig wirken zu können, wandelte man die Rechtsform in eine GmbH um. In den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts nach der Weltwirtschaftskrise kam es zu vielen Zusammenschlüssen innerhalb der Sparkassenorganisation. So wurde auch die Sparkasse Bredstedt mit der Langenhorner und der Ockholmer Spar- und Leihkasse vereinigt und in diesen beiden Orten wurden Zweigstellen eingerichtet. 1942 sollte die Spar- und Leihkasse Bredstedt unter Staatsaufsicht gestellt werden, um Mündelsicherheit zu erlangen. Deshalb stifteten alle GmbH-Gesellschafter einen Betrag in Höhe des jeweiligen Geschäftsanteils zur Gründung einer Stiftungs-Sparkasse gleichen Namens. Die letzte Rechtsformänderung erfolgte dann im Jahr 2004. Der Bankbetrieb der Sparkasse wurde in eine Aktiengesellschaft überführt. Die Stiftung übernahm als Firmenholding die Aktien dieser neuen Gesellschaft.

Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG betreibt Ihre Geschäfte als Universalbank im Kreis Nordfriesland und den angrenzenden Kreisen. Mit ihren rund 80 Mitarbeitern in 3 Filialen bietet sie ihren Kunden die komplette Produktpalette einer modernen Universalbank an. Möglich macht dies die Zusammenarbeit im Verbund mit der LBS Schleswig-Holstein, DekaBank, Provinzial NordWest sowie der Hamburger Sparkasse AG. In den letzten Jahren ist das Institut auch stark im Finanzierungsgeschäft im Bereich der regenerativen Energien, insbesondere der Windenergie tätig.

Das Geschäftsjahr 2008

Die Situation im Kreditgewerbe ist durch eine schwierige gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie weiterhin durch einen ausgeprägten Wettbewerb gekennzeichnet. Dieser wird durch eine aggressive Konditionspolitik von Direktbanken und anderen Finanzdienstleistungsunternehmen geprägt. Angesichts dieses insgesamt schwierigen Umfeldes und der ungünstigen Wirtschaftslage mit entsprechenden Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung kann die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG auf ein nur noch bedingt

Frank Stäcker, Vorsitzender des Vorstandes, Martin von Atens, Mitglied des Vorstandes

zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2008 zurückblicken.
Die Bilanzsumme stieg um 8,9% oder 35,4 Mio. EUR auf 433,4 Mio. EUR, das Geschäftsvolumen entwickelte sich ähnlich mit 9,0% auf 452,0 Mio. EUR. Auf der Aktivseite hatte unser Mitgliedsinstitut Ende 2008 Forderungen an Kunden einschließlich Treuhandkredite in Höhe von insgesamt 371,3 Mio. EUR (VJ: 337,8 Mio. EUR). Das gesamte Kundenkreditvolumen erhöhte sich um überdurchschnittliche 9,9% und vollzog sich überwiegend im Personalkreditbereich. Im Einlagenbereich konnte trotz der Wettbewerbssituation um Anlagegelder der Ausbau bilanzwirksamer Einlagen von Kunden erreicht werden. Im Rahmen der Finanzmarktkrise vertrauten die Kunden unserem Mitglied mit einem Zuwachs von 5,7% mehr Einlagen als im Vorjahr an und erhöhten ihre Bestände um 9,2 Mio. EUR auf 170,2 Mio. EUR. Die Ertragslage bezeichnet die Spar- und Leihkasse selbst als „nur noch bedingt zufrieden stellend“. Der Zinsüberschuss wurde um 3,7% auf 7,3 Mio. EUR nach 7,0 Mio. EUR im Vorjahr gesteigert. Auch die Provisionsüberschüsse lagen mit 4,3% oder 2,1 Mio. EUR (2007: 2,0 Mio EUR) über dem Vorjahresniveau. Durch Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Geschäftsräume stiegen die Verwaltungsaufwendungen überdurchschnittlich stark um 24,8% auf 6,7 Mio. EUR nach 5,4 Mio. EUR im Jahr 2007. Auch die in den Aufwendungen enthaltenen Personalkosten stiegen durch Tarifsteigerungen und Neueinstellungen verhältnismäßig stark im Berichtsjahr. Nachdem sie im Jahr 2007 noch 3,5 Mio. EUR betragen hatten, erhöhte sich die Summe im Berichtsjahr um 18,3% auf 4,2 Mio. EUR. Zusätzlich belastete ein erhöhter Abschreibe- und Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen und Wertpapiere das Ergebnis. Er stieg von 0,9 Mio. EUR in 2007 auf 2,4 Mio. EUR im Berichtsjahr. Diese Faktoren ließen den Bilanzgewinn auf 116 TEUR sinken.

Die Sparkasse Bremen AG

Historie

Am 23. Juni 1825 riefen 96 wohlhabende und angesehene Bremer Bürger die Sparkasse Bremen ins Leben, damals noch unter dem Namen „Spar-Casse“. Grund für diese Idee war wie anderswo auch die Armut in Bremen in den ersten Dekaden des 19. Jahrhunderts – das Geld war knapp und der Wucher blühte. Um die Folgen der Industrialisierung für Mittel- und Unterschicht abzumildern und sie durch Sparen wirtschaftlich abzusichern, sollte es auch in Bremen ermöglicht werden, beizeiten einen Notgroschen für den Krankheitsfall und das Alter zur Seite zu legen. Da sich Senat und Bürgerschaft aber nicht über die Gründung einer städtischen Sparkasse einigen konnten, nahmen die Bremer Bürger die Sache selbst in die Hand. Statt eines kommunalen Instituts wurde eine freie Sparkasse in der Rechtsform eines wirtschaftlichen Vereins gegründet.

Um die Sparkasse Bremen erfolgreich zu einem weiterhin eigenständigen, auf die Kundenbedürfnisse ausgerichteten Finanzinstitut weiterzuentwickeln, wurde im Jahre 2003 mit der Hamburger Sparkasse AG eine gemeinsame Gesellschaft geplant, unter deren Dach man Stabs-, Steuerungs- und Abwicklungsaktivitäten bündeln wollte. Um die regionale Bindung durch diese Kooperation nicht zu verwässern, wurde die Ausgliederung des operativen Bankgeschäfts in eine Aktiengesellschaft und damit der Umbau in eine Vertriebssparkasse beschlossen. Der wirtschaftliche Verein firmiert seither als Finanzholding der Sparkasse Bremen und hält die Aktien an der Die Sparkasse Bremen AG, die im September 2004 ihre Geschäfte aufnahm.

In der mit der Hamburger Sparkasse AG gegründeten NRS Norddeutsche Retail-Service AG wurden dann ab 2006 erfolgreich Marktfolge- und Serviceaufgaben ausgelagert. Mittlerweile ist die NRS AG in Teilbereichen Dienstleister für 39 Sparkassen und steht auch weiterhin interessierten Finanzinstituten offen.

Im Berichtsjahr wurden bei der Sparkasse Bremen AG mit dem erfolgreichen Abschluss eines großen internen Projekts weitere Investitionen in die Zukunft getätigt. So wurde die 2006 getroffene Entscheidung in die Tat umgesetzt, die eigene IT-Anwendung auf die Finanz Informatik GmbH & Co. KG zu übertragen. Der ambitionierte Zeitplan bis zum vorgesehenen Umstellungstermin wurde exakt eingehalten, das anspruchsvolle Ziel wurde dank der Anstrengungen vieler darin eingebundener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse Bremen und der Unterstützung des neuen

IT-Dienstleisters erreicht. Anfang Oktober 2008 erfolgte die nahezu reibungslose Umstellung der eigenen IT-Anwendungen.
Die Sparkasse Bremen unterhält in ihrem Geschäftsgebiet 62 Filialen und ist mit rund 1.500 Mitarbeitern für ihre Kunden da.

Das Geschäftsjahr 2008

Die Sparkasse Bremen hat sich 2008 erneut in einem schwierigen Umfeld behauptet und blickt auf ein trotz Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück.
Das Kreditgeschäft mit Firmenkunden nahm durch die erfreuliche Entwicklung der Investitionskredite um 4,4% auf 4,8 Mrd. EUR zu, während die Kredite an Privatkunden um 2,5% auf 2,6 Mrd. EUR der allgemeinen Branchenentwicklung folgend abnahmen. Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 15,7% auf 1,6 Mrd. EUR, weil vor dem Hintergrund der Finanzkrise fällige Geldanlagen bei Kreditinstituten zur Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten genutzt wurden.
Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten reduzierte sich im Jahresverlauf um 2,2% auf 7,2 Mrd. EUR. Zwar konnten das Geschäft mit Eigenemissionen sowie die Hereinnahme von befristeten Einlagen gesteigert werden, dafür sanken die Bestände an Spareinlagen und täglich fälligen Einlagen. Dies dürfte neben der mit Rücksicht auf die Einführung der Abgeltungssteuer angebotenen festverzinslichen Produkte vor allem mit Umschichtungen als Folge eines von bis zur dramatischen Entwicklung der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zunächst anziehenden Zinsniveaus zusammenhängen. Die Verbindlichkeiten

Klaus Schöniger, Mitglied des Vorstandes,
Dr. Heiko Staroßom, Mitglied des Vorstandes,
Dr. Tim Nesemann, Vorstandsvorsitzender,
Thomas Fürst, stellv. Mitglied des Vorstandes
(v.l.n.r.)

gegenüber Kreditinstituten konnten im Berichtsjahr wie bereits erwähnt erheblich um 11,1% auf 2,6 Mrd. EUR reduziert werden.
Die Ergebnisentwicklung war 2008 wesentlich durch die nicht vorhersehbaren Auswirkungen der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes konnte ein zwar rückläufiges, mit 2.2 Mio EUR dennoch positives Jahresergebnis ausgewiesen werden. Der Zinsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 2,0% bzw. 4,1 Mio. EUR auf 212,4 Mio. EUR gesteigert werden. Das Provisionsergebnis zeigt, dass die Kunden die Sparkasse Bremen weiterhin als kompetenten Dienstleister wahrnehmen. Es wurde mit 59,8 Mio. EUR ein hervorragendes, über dem Rekordwert des Vorjahres liegendes Ergebnis erzielt.

Die Aufwendungen stiegen im Berichtsjahr um 10,6% oder 25,1 Mio. EUR auf 237,2 Mio. EUR. Neben den Kostensteigerungen im Rahmen der laufenden Lohn- und Gehalts- sowie der Versorgungsleistungen infolge der Vorwegnahme des Tarifabschlusses der privaten und öffentlichen Banken handelt es sich bei dem Mehraufwand auch um einen Einmaleffekt, der im Zusammenhang mit der im Berichtsjahr durchgeführten und planmäßig abgeschlossenen Auslagerung von IT-Anwendungen auf die Finanz Informatik GmbH & Co. KG steht.
Die Eigenmittelquote im Verhältnis zu den gewichteten Risikoaktiva beträgt in 2008 10,9% und bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Historie

Die Hamburger Sparkasse AG wurde 1827 auf Initiative des Hamburger Senators Dr. Amandus Augustus Abendroth gegründet. Gemäß den Traditionen einer Hansestadt erfolgte dies ohne Beteiligung oder Einlage der Stadt. Überraschenderweise wurde bald festgestellt, dass nicht nur die finanziell schwächere Bevölkerung ihr Geld anlegte, sondern auch Geschäftsleute, Handwerker und andere Gewerbetreibende. Die Hamburger Bürger hatten also das ursprüngliche Konzept einer „Armensparkasse“ selbständig abgewandelt.

HASPA Finanzholding umfirmiert. Diese Holding besitzt 100% der Anteile an der Hamburger Sparkasse AG.
Heute ist die Hamburger Sparkasse AG, kurz Haspa, mit einer Bilanzsumme von rund 36 Mrd. EUR, ca. 5.450 Mitarbeitern und 250 Filialen und Kunden-Centern die größte deutsche Sparkasse. Sie ist in der Metropolregion Hamburg die führende Retailbank für Privat-, Individual- und mittelständische Firmenkunden und bietet ihren Kunden eine breit gefächerte Palette von Finanzdienstleistungen und ist für über 50% der Hamburger Bürger die Hauptbank.

Hamburger Sparkasse AG

Im Jahr 1864 kam es zu einem besonderen Einschnitt in der Geschichte der Hamburger Sparkasse. Nachdem es im Vorstand zu Differenzen um die Abschaffung der Einlagenhöchstgrenze (zu diesem Zeitpunkt 60 Mark) gekommen war, gründeten die beiden ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Dr. Rudolf Martin und F.E. Schlüter die „Neue Sparcasse von 1864“. Diese Existenz von zwei Sparkassen im Hamburger Raum konnte erst im Jahre 1972 durch eine Fusion der beiden Sparkassen beendet werden. Auch die Hamburger Sparkasse ist heute eine Aktiengesellschaft. Im Jahre 2003 wurde der Bankbetrieb dorthin überführt und die ursprüngliche „juristische Person alten hamburgischen Rechts“ in

Das Geschäftsjahr 2008

Auch im Berichtsjahr konnte die Haspa ihre Position als Marktführer in der Region weiter ausbauen. Die Bilanzsumme stieg aufgrund eines deutlich gewachsenen Kundengeschäfts um 4,4% bzw. 1,5 Mrd. EUR auf 36,1 Mrd. EUR.
Auf der Aktivseite erhöhte sich die Summe an Baufinanzierungen, die sich zu annähernd gleichen Teilen aus privaten und gewerblichen Finanzierungen ergibt, um knapp 4% auf 15,5 Mrd. EUR. Während Privatkredite mit 2 Mrd. EUR annähernd konstant blieben, zeigte sich bei den Geschäftskrediten ein deutlicher Anstieg um 680 Mio. EUR. Insgesamt konnten die Forderungen an Kun-

Sprecher des Vorstandes Dr. Harald Vogelsang

den somit um 1,3 Mrd. EUR gesteigert werden.
Auf der Passivseite verzeichnete die Haspa einen Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 2,7 Mrd. EUR oder 12% auf 25,5 Mrd. EUR. Dieser ist vor allem auf gestiegene Termineinlagen zurückzuführen, die um 1,7 Mrd. EUR zulegten, aber auch der Bestand an Spareinlagen erhöhte sich um über 6% oder gut 400 Mio. EUR. Mit knapp 2 Millionen Sparkonten gehörte das klassische Sparbuch auch in 2008 weiterhin zur finanziellen Grundausstattung der Haspa-Kunden.
Die Ertragslage der Hamburger Sparkasse AG war auch 2008 weiter erfreulich. Der Zinsüberschuss lag mit gut 590 Mio. EUR fast 32 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau. Während die Beiträge aus dem Kundengeschäft aufgrund günstigerer Kundenzinssätze nicht vollständig an das hohe Niveau anknüpfen konnten, ergaben sich aus dem höheren Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt im Berichtsjahr positive Effekte, insbesondere auf die laufenden Erträge aus Wertpapieren. Das Provisionsergebnis war hingegen durch die Kapitalmarktkrise belastet. Nach einem sehr erfolgreichen Jahr 2007, welches insbesondere noch von einer deutlichen Ausweitung des Wertpapiergeschäfts profitierte, zeigt sich hier im Berichtsjahr ein deutlicher Rückgang. Die Turbulenzen an den Märkten führten zu einem Rückgang des Provisionsüberschusses um 12% auf 260 Mio. EUR.
Die Verwaltungsaufwendungen konnte die Haspa im Jahr 2008 um 6 Mio. EUR auf 626 Mio. EUR senken. Während der Personalaufwand um knapp 3 Mio. EUR auf 324 Mio. EUR stieg, verringerten sich die Sachaufwendungen sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen um zusammen fast 9 Mio. EUR. Die Haspa profitierte hier erneut von bereits in den Vorjahren eingeleiteten Maßnahmen. So entlasteten auch Produktivitätsgewinne der NRS Norddeutsche Retail-Service AG den Verwaltungsaufwand der Haspa und führte zu einem Jahresüberschuss von 60 Mio. EUR.

Dr. Wolfgang Botschatzke,
Mitglied des Vorstandes

Frank Brockmann,
stellv. Mitglied
des Vorstandes

Reinhard Klein,
stellv. Sprecher
des Vorstandes

Jörg Wohlers,
Mitglied des Vorstandes

Historie

Die Sparkasse zu Lübeck wurde im Jahre 1817 unter dem damaligen Namen „Spar- und Anleih-Casse“ als eine unselbständige Einrichtung von der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit gegründet. Kernaufgabe der neuen Sparkasse war wie in vielen anderen Fällen auch, nach der napoleonischen Besatzung und den folgenden Befreiungskriegen „…Allen und Jedem eine Gelegenheit zu geben, den Ertrag ihrer Ersparung oder ihres Erwerbes sicher und zinsbar zu belegen“. Weiterhin sollte sie zugleich als Kapitalsammelstelle fungieren, die das Handwerk mit dem notwendigen Kapital für einen Neustart ausstatten konnte. Im Jahre 1905 erlangte die Sparkasse als Folge des kurz zuvor eingeführten Bürgerlichen Gesetzbuches die rechtliche Selbstständigkeit in der Rechtform der Stiftung. 1937 übernahm die Sparkasse zu Lübeck, die damals noch den Namen „Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck“ trug, die Sparkasse Travemünde. Im Jahre 2004 wurde bei der Lübecker Sparkasse der Bankbetrieb aus der Stiftung ausgegliedert und in eine Aktiengesellschaft, die heutige Sparkasse zu Lübeck AG, übertragen. Aus der einst die Sparkasse tragenden Stiftung wurde eine gemeinnützige Einrichtung, die mit 74% die Mehrheit an der Sparkasse zu Lübeck AG hält.

Nach intensiver Prüfung und Vorbereitung hat die Sparkasse zum 1.5. des Berichtsjahres den Betriebsteilübergang des Bereiches „Marktservice“ auf die NRS Norddeutsche Retail-Service AG und zum 1.6.2008 den Betriebsteilübergang des Bereiches „Kreditservice“ auf die Kredit-Service-Center GmbH, eine Tochter der NRS AG, vollzogen. Insgesamt wurden 44 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die beiden Gesellschaften übergeleitet. Durch die Auslagerung der Marktfolgeaktivitäten sieht sich die Sparkasse zu Lübeck AG in der Lage, sich noch stärker auf die optimale Ausrichtung des Vertriebs zu fokussieren und parallel mittelfristig die Kosten durch Nutzung von Synergieeffekten zu senken. Die Sparkasse zu Lübeck widmet sich ihren Kunden mit 465 Mitarbeitern in 15 Filialen im Geschäftsgebiet.

Sparkasse zu Lübeck AG

Das Geschäftsjahr 2008

Die Situation am Lübecker Bankenplatz ist durch einen starken Wettbewerb gekennzeichnet. Weiter zunehmender Druck kommt von den Direktbanken, die eine zum Teil sehr aggressive Konditionenpolitik betreiben. Angesichts dieses Umfeldes kann die Sparkasse im operativen Geschäft – auch im Vergleich zu

den Sparkassen in Schleswig-Holstein – auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Sparkasse zu Lübeck AG zählt in Lübeck auf dem Bankenmarkt zu den Marktführern.
Die Bilanzsumme unseres Mitglieds nahm spürbar um 6,6% auf 2,2 Mrd. EUR zu. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten) erhöhte ich sogar um 9,6% auf 2,4 Mrd. EUR.
Auf der Aktivseite erhöhte sich das Kreditvolumen an Kunden um 2,6% auf 1,5 Mrd. EUR. Der Anstieg basierte vor allem auf der Ausweitung sowohl der kurz- als auch langfristigen Forderungen an Unternehmen und Selbständige.
Auch bei den Forderungen an Privatpersonen kam es in den kurz- und langfristigen Laufzeitbereichen zu einem Bestandszuwachs; die Bestände im mittelfristigen Segment gingen hingehen zurück.
Die Summe aus Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen (einschließlich Nachrang) erhöhte sich entgegen der Erwartungen auf 1,35 Mrd. EUR (VJ: 1,32 Mrd. EUR). Der Zuwachs ist in erster Linie auf die positive Entwicklung der täglich fälligen Verbindlichkeiten und die Termingeldbelegung zurückzuführen. Sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen weiteten ihre Bestände signifikant aus, wodurch die Bestandsreduktion im Bereich der Spareinlagen überkompensiert werden konnte. So stiegen die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 46,4 Mio. EUR und die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist um 23,0 Mio. EUR, während der Spareinlagenbestand um 33,3 Mio. EUR abnahm.
Die schweren Verwerfungen an den Finanzmärkten haben auch auf die Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse zu

Frank Schumacher, Mitglied des Vorstandes, Wolfgang Pötschke, Vorsitzender des Vorstandes

Lübeck AG Auswirkungen gehabt. Das Ergebnis ist im Berichtsjahr mit 5,5 Mio. EUR gegenüber 13,2 Mio. EUR in 2007 spürbar zurückgegangen, kann aber noch als zufriedenstellend angesehen werden. Der Zinsüberschuss erhöhte sich im Vergleich zu 2007 um 1,7 Mio. EUR auf 42,8 Mio EUR und mit 15,8 Mio. EUR konnte das Provisionsergebnis des Vorjahres leicht um 0,3 Mio. EUR übertroffen werden.
Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lagen mit 40,2 Mio. EUR über dem Vorjahresniveau (+3,1%). Durch die erfolgte Überleitung von Mitarbeitern an externe Dienstleister sank der Personalaufwand. Dem stand ein höherer Sachaufwand gegenüber, der sich aus den im Zuge der Auslagerung der Marktfolgetätigkeiten durchgeführten Investitionen ergab.

Historie

Die Wurzeln der Sparkasse Mittelholstein AG reichen bis in das Jahr 1823 zurück, als auf Initiative des Bürgers Johann Georg Röhling in Rendsburg die Spar- und Leih-Kasse in Rendsburg errichtet wurde. Durch mehrere Zusammenschlüsse im Laufe der letzten 185 Jahre entstand dann 1991 die Sparkasse Mittelholstein. Ihr Geschäftsgebiet umfasst heute neben den Regionen Nortorf und Hanerau-Hademarschen den Wirtschaftsraum Rendsburg, in der die Sparkasse auch ihren Sitz hat.

Sparkasse Mittelholstein AG

Die Sparkasse Mittelholstein AG ist in mehrfacher Hinsicht ein Paradebeispiel für den Einklang von privater Rechtsform und gemeinwohlorientierter Aufgabenstellung. So wird die Sparkasse Mittelholstein AG beziehungsweise ihre Vorgängerinstitute bereits seit 1899 in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft geführt. Trotzdem fühlt man sich bei unserem Mitgliedsinstitut der Maxime der Sparkassen – fair, menschlich und nah am Kunden – seit jeher verpflichtet. In Rendsburg ist man sogar der Überzeugung, man wäre durch die AG noch näher am Kunden als anderswo, denn als wohl einzige Sparkasse Deutschlands zählt Mittelholstein neben der Stiftung Spar- und Leih-Kasse in Rendsburg und einigen Kommunen, die mit zusammen 59,3% der Aktien größten Anteilseigner, auch Kunden und Mitarbeiter zu ihren Aktionären. Mittels Aktionärsbriefen wird regelmäßig detailliert über die geschäftliche Entwicklung und die strategischen Ziele informiert und auf der jährlichen Hauptversammlung ist ebenfalls reichlich Zeit für einen Dialog mit den Aktionären.

Im Jahr 2007 fusionierte die Sparkasse Mittelholstein AG mit der öffentlich-rechtlichen Stadtsparkasse Büdelsdorf. Durch das Sparkassengesetz Schleswig-Holstein, das aufgrund der Historie der Sparkassen in Schleswig-Holstein schon immer neben den öffentlichen Sparkassen auch Sparkassen im privatrechtlichem Modell kennt, wurde der Zusammenschluss unter dem Dach der Mittelholstein AG mit einem Eintrag ins Handelsregister vollzogen. Auch die technische Fusion erfolgte problemlos und so konnten die nun 283 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Anfang an hervorragend und reibungslos in 11 Filialen zusammenarbeiten. Die Bilanzsumme belief sich Ende 2008 auf 1,7 Mrd. EUR

Um sich in Zukunft stärker auf das Kundengeschäft konzentrieren zu können, hat die Sparkasse Mittelholstein AG im

Bernd Jäger, Mitglied des Vorstandes,
Manfred Buncke, Vorsitzender des Vorstandes

letzten Jahr damit begonnen, Marktfolgeaktivitäten an die von den Sparkassen Hamburg und Bremen gegründete und nun mit dem Sparkassenverband Schleswig-Holstein gemeinsam betriebene Norddeutsche Retail-Service AG zu übertragen. Von der NRS AG werden seither an einem eigens dafür eingerichteten Standort in Neumünster neben dem Zahlungsverkehr auch die Bereiche „Kontoführung“ und „Dienstleistungen“ abgewickelt sowie seit Ende 2008 die Sachbearbeitung von Privatkrediten. Die Mitarbeiter der Sparkasse Mittelholstein AG in diesen Bereichen wurden dabei von der NRS AG komplett übernommen, so dass für die Kunden keine Probleme beim Übergang zu spüren gewesen sind. Mit zunehmender Produktivität soll durch diesen Schritt die Wirtschaftlichkeit der Sparkasse Mittelholstein AG spürbar verbessert werden.

Das Geschäftsjahr 2008

Für die Sparkasse Mittelholstein AG war das abgelaufene Geschäftsjahr mit Blick auf die Entwicklung ein Besonderes. Mit zweistelligen Zuwachsraten sowohl bei der Kreditvergabe als auch bei der Geldanlage konnte die Position als Marktführer in der Region weiter ausgebaut werden. Die hohen Zuwächse im Einlagengeschäft hängen neben der hohen Beratungskompetenz auch mit den Unsicherheiten an den Geld- und Kapitalmärkten zusammen.
Leider haben die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auch die Sparkasse Mittelholstein AG nicht komplett verschont. Da man zusammen mit den anderen Sparkassen in Schleswig-Holstein indirekt über den Sparkassenverband an der HSH Nordbank AG beteiligt ist, fielen geplante Erträge aus dieser Beteiligung im letzten Jahr aus. Es mussten daneben Abschreibungen auf diese Beteiligung vorgenommen werden, die natürlich auf das Jahresergebnis drücken.
Trotzdem ist man bei unserem Mitgliedsinstitut angesichts der Rahmenbedingungen mit dem Erreichten zufrieden, woran die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen wesentlichen Anteil hatten.
Im Geschäftsjahr 2008 konnte eine große Zahl betrieblicher Investitionen von Kunden finanziell begleitet und damit die Wirtschaftskraft in der Region nachhaltig gefördert werden. Während die Ausleihungen an gewerbliche Kreditnehmer mit 11,5% überdurchschnittlich anstiegen, stagnierten die Privatkredite, was mit einer verhaltenen Bautätigkeit im Geschäftsgebiet der Sparkasse Mittelholstein erklärt werden kann. Insgesamt betrugen die Forderungen an Kunden nun 1.297 Mio. EUR.
Die Kundeneinlagen – einschließlich der Schuldverschreibungen und Kapitalbriefe – überstiegen mit einem ebenfalls zweistelligen Wachstum von 14,9% erstmals den Betrag von einer Milliarde Euro. Verunsichert von den Geld- und Kapitalmärkten wählten die Kunden der

Sparkasse Mittelholstein AG überwiegend sichere Anlagen mit kurzen bis mittleren Laufzeiten, während sich das verwaltete Wertpapiervolumen sicher auch infolge der Kursrückgänge an den Aktienmärkten verringert hat.
Angesichts des Umfeldes war die Ertragslage der Sparkasse Mittelholstein AG zufriedenstellend. Der Zinsüberschuss als Hauptertragsquelle erhöhte sich im Berichtsjahr um 1,5% auf 26,9 Mio. EUR, das Provisionsergebnis stieg leicht auf 7,8 Mio. EUR.
Vor allem durch einen hohen Tarifabschluss stiegen auch die Aufwendungen um 4,2% auf fast 24 Mio. EUR.
Nach Steuern konnte ein Jahresüberschuss von 3 Mio. EUR ausgewiesen werden, wodurch die Dividendenzahlungen auf Vorjahresniveau belassen werden konnten.

Historie

Mit der Sparkasse Westholstein hat der Verband auch ein Mitgliedsinstitut aus dem öffentlich-rechtlichen Lager in seinen Reihen. Die Wurzeln der Sparkasse Westholstein reichen bis ins Jahr 1824 zurück, als mit der Sparkasse Glückstadt eine Freie Sparkasse gegründet wurde. Diese Sparkasse Glückstadt fusionierte 1990 mit der Verbandssparkasse Krempe zur Sparkasse Glückstadt-Krempe. Am 1.7.1994 fusionierte die Sparkasse Glückstadt-Krempe mit der Sparkasse Itzehoe zur Sparkasse in Steinburg. Im Jahre 1996 wurde die Sparkasse Horst übernommen und am 1.4.2003 folgte die Übernahme der Verbandssparkasse Wilster. Bereits 2 Monate später fusionierte die Sparkasse in Steinburg mit der Alte Marner Sparkasse/Dithmarscher Kommunalbank zur heutigen Sparkasse Westholstein. Mit der Fusion 1990 wechselte die private Rechtsform der Sparkasse Glückstadt, das neu geschaffene Institut wurde als öffentlich-rechtliche Anstalt weitergeführt. Da das Vorgängerinstitut der heutigen Sparkasse Westholstein allerdings einmal Freie Sparkasse war, freuen wir uns, dass die Sparkasse Westholstein bisher und auch weiterhin Mitglied unseres Verbandes ist.

Träger unseres Mitgliedsinstitutes ist der Zweckverband Sparkasse Westholstein, dem neben 91 Kommunen und zwei Ämtern aus dem Geschäftsgebiet der Sparkasse, die Stiftung Sparkasse in Glückstadt und seit Juli 2008 der Zweckverband Verbandssparkasse Meldorf als Mitglieder angehören. Das Geschäftsgebiet umfasst den Kreis Steinburg und das Gebiet der angrenzenden Kreise sowie die Freie und Hansestadt Hamburg, Firmensitz ist Itzehoe.

Im Berichtsjahr nahm die Sparkasse Westholstein die Verbandssparkasse Meldorf per 1.7.2008 auf und wurde deren Rechtsnachfolgerin. Unser Mitgliedsinstitut ist wie alle Sparkassen in Deutschland regional verankert und bietet ihren Kunden mit 38 Filialen flächendeckend Lösungen für alle Finanz- und Vermögensfragen. An zentralen Standorten sind Spezialisten für die Betreuung von Firmen- und Gewerbekunden, die Beratung rund um die Immobillie und für die Vermögensberatung tätig. Insgesamt sind nun 707 Mitarbeiter für die Kunden da.

Die Sparkasse Westholstein setzt seit Jahren mit den S-Finanzkonzepten auf die bedarfsgerechte Beratung. Je Zielgruppe ist auf diese Weise ein umfassender und ganzheitlicher Beratungsansatz unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse des Kunden möglich. Im Be-

Sparkasse Westholstein

richtsjahr 2008 bereitete die Sparkasse die Aufnahme des Beratungsangebotes „Estate Planning“ zur Einführung im Januar 2009 vor. Damit sollen in das Beratungsangebot der Kompetenzcenter Vermögensmanagement, Firmenkundenzentrale und Gewerbekunden-Center auch rechtliche, steuerliche, vermögens-, liquiditäts- und risikorelevante Faktoren zur Ordnung der persönlichen Angelegenheiten einfließen. Im Privatkundenbereich sind Aspekte des Bereiches „Erben und Vererben“ enthalten, im Firmenkundenbereich spielen Fragen der Versorgung und der finanziellen Absicherung des Unternehmers sowie die Planung der Nachfolgeregelung eine wichtige Rolle.

Achim Thölen, Mitglied des Vorstandes, Rudolf Kochan, Vorsitzender des Vorstandes, Tede Ibs, Mitglied des Vorstandes

Das Geschäftsjahr 2008

Sowohl die Sparkasse Westholstein als auch die Verbandssparkasse Meldorf hatten eine Verminderung des Geschäftsvolumens bzw. eine qualitative Verbesserung der Bilanzstruktur für das Jahr 2008 vorgesehen. Die zusammengefasste Durchschnittsbilanzsumme wurde für das Jahr 2008 auf 2.830 Mio. EUR prognostiziert und entsprach am Ende mit 2.848 Mio. EUR der Planung.
Die Bilanzsumme sank im Geschäftsjahr 2008 um 159 Mio. EUR (5,6%) auf 2.659 Mio. EUR. Das Geschäftsvolumen ging um 158 Mio. EUR (5,5%) auf 2.708 Mio. EUR zurück.
Die Darlehenszusagen an Privatpersonen stiegen um 9,3% auf 101 Mio. EUR, Unternehmen und Selbständigen hat die Sparkasse 121 Mio. EUR neue Darlehen zugesagt. Der Anteil an Mitteln für Wohnungsbauzwecke betrug hier rund 70 Mio. EUR, 10,7% mehr als noch 2007.
In beiden Fusionssparkassen wurde durch eine konsequent durchgeführte Kreditrisikostrategie eine Rückführung des Kundenkreditvolumens prognostiziert. Dies wurde auch trotz des guten Neugeschäfts umgesetzt und so sank das gesamte Kreditvolumen um 6,1% auf 2.044 Mio. EUR.
Die im Jahr 2007 sehr positive Entwicklung der Kundeneinlagen konnte die Sparkasse im Geschäftsjahr nicht fortsetzen. Zwar kam das hohe Vertrauen in die Sparkassen der Einlagenentwicklung im letzten Quartal 2008 zugute. Doch hat die pauschale Garantie der Bundesregierung einen Teil der Anlagegelder wieder solchen Banken zugeleitet, an deren Geschäftsmodell viele Bürgerinnen und Bürger zu Beginn der Finanzkrise Zweifel hatten und die zum Teil staatliche Rettungsmaßnahmen in Anspruch nehmen mussten.
Die Kunden reduzierten den Bestand der Einlagen (einschließlich Inhaberschuldverschreibungen und anteiliger nachrangiger Verbindlichkeiten) bei unserem Mitgliedsinstitut um 1,6% auf 2.024 Mio. EUR. Insgesamt entwickelten sich die Spareinlagen mit einem Rückgang um 13 Mio. EUR (-1%) negativ. Innerhalb des Bestandes von 1.205 Mio. EUR

nahm der Anteil der Anlagen mit längerer Kündigungsfrist und vereinbartem Zins deutlich zu.
Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse war im Geschäftsjahr 2008 unter den gegebenen äußeren Bedingungen insgesamt zufriedenstellend. Der Zinsüberschuss – weiterhin die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse – verringerte sich im Vergleich zu 2007 um 5,6 Mio. EUR (-8,5%) auf 60,1 Mio. EUR. Der Provisionsüberschuss lag mit 15,8 Mio. EUR spürbar unter dem Vorjahresniveau von 16,9 Mio. EUR (-6,8%).
Bei den Kosten konnte der Personalaufwand im Jahr 2008 mit 35,5 Mio. EUR trotz Tariferhöhungen nahezu konstant gehalten werden. Der Verwaltungsaufwand stieg bedingt durch Sonderfaktoren wie Fusion der Sparkasse und des Rechenzentrums auf 19,8 Mio. EUR an.
Der erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR liegt um 1,2 Mio. EUR unter dem Jahresüberschuss im Jahr 2007, hatte aber im Vergleich zu der geplanten Summe von 1,1 Mio. EUR eine bessere Entwicklung als prognostiziert.
Mit dem zum Vorjahr verminderten Jahresüberschuss konnte die Sparkasse dem aus ihrem Zielsystem ergebenen Primärziel der weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nur bedingt gerecht werden. Unter Berücksichtigung der besonders schwierigen allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der notwendigen Bewertungsmaßnahmen aufgrund der HSH Nordbank AG-Krise ist das Ergebnis zufriedenstellend.

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit-volumen[1] Mio. EUR	Gesamt-einlagen[2] Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Frankreich						
Caisse d'Epargne d'Alsace, Straßburg	7.214	3.369	4.502	471	1.015	108
Italien						
Südtiroler Sparkasse AG, Bozen	7.920	6.496	6.378	655	1.382	114
Banca CARIGE SpA, Genua	31.986	21.119	22.164	3.336	5.523	643
Luxemburg						
Freie Internationale Sparkasse S.A., Luxembourg	38	5	22	11	12	1
Niederlande						
SNS Reaal Groep N.V., Utrecht	124.414	67.704	54.538	4.092	7.287	141
Norwegen						
Sparebanken SØR, Arendal	3.466	2.917	2.875	233	342	29
Malta						
Sparkasse Bank Malta plc., Sliema	131	1	25	15	11	1
Österreich						
Sparkasse Baden, Baden bei Wien	894	504	583	56	157	14
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, Eferding	473	260	372	30	95	14
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Feldkirch	1.209	845	731	105	226	15
Sparkasse Feldkirchen/Kärnten, Feldkirchen	314	148	235	45	47	5
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz	12.374	8.535	8.420	669	1.818	143
Sparkasse Haugsdorf, Haugsdorf	87	41	74	8	15	3
Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach, Herzogenburg	281	128	240	27	72	8
Weinviertler Sparkasse, Hollabrunn	594	299	457	24	84	15
Sparkasse Imst AG, Imst	844	590	502	50	176	20
Tiroler Sparkasse Bank-AG Innsbruck, Innsbruck	4.205	2.631	2.122	191	637	42
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt	4.108	2.497	2.505	237	652	45
Kremser Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Krems	620	294	411	42	126	9
Sparkasse Kufstein, Tiroler Sparkasse von 1877, Kufstein	1.326	907	821	123	216	17

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit-volumen[1] Mio. EUR	Gesamt-einlagen[2] Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Sparkasse Langenlois, Langenlois	208	129	172	15	43	4
Lienzer Sparkasse AG, Lienz	387	184	309	24	69	7
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG, Linz	10.939	6.919	7.297	465	1.561	130
Sparkasse Neunkirchen, Neunkirchen	892	551	744	56	151	17
Sparkasse Pottenstein NÖ, Pottenstein	226	144	168	17	42	3
Sparkasse-Niederösterreich Mitte-West AG, St. Pölten	2.247	1.442	1.811	97	495	44
Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg	4.325	2.752	3.032	179	801	69
Sparkasse Schwaz, Schwaz	1.146	678	829	88	177	14
Waldviertler Sparkasse von 1842, Waidhofen a.d. Thaya	763	635	642	52	261	7
Erste Bank der Österreichischen Sparkassen AG, Wien	28.755	18.012	16.147	881	3.536	140
Wiener Neustädter Sparkasse, Wiener Neustadt	1.256	710	865	74	192	11
Erste Group Bank	84.839	12.375	32.912	7.110	1.871	1
Schweden Sparbankernas Riksförbund	15.943	12.983	13.012	2.049	3.060	237
darunter Sparbanken Syd, Ystad	741	678	554	103	150	7
Schweiz AEK Bank 1826, Thun	1.700	1.531	1.392	187	103	12
Spanien Caixa Catalunya, Barcelona	63.627	50.011	29.182	2.732	6.690	1.203
Tschechische Republik Česka spořitelna a.s., Prag	32.103	17.180	23.922	2.413	10.911	646
Insgesamt 36 Institute und 1 Verband nachrichtlich in EUR	451.113	244.848	239.859	26.756	49.706	3.925

Stand per 31.12.2008

1) Forderungen an Nichtbanken
2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa

Im Jahresverlauf erreichte die Finanzkrise auch die Realwirtschaft und führte zu einem beispiellosen Rückgang des globalen Wirtschaftswachstums und der weltweiten Nachfrage. Nachdem das reale BIP im ersten Quartal 2008 – bedingt durch einen milden Winter in großen Teilen Europas, der Bautätigkeit und damit Investitionen vorantrieb – noch um 0,7% wuchs, führte die plötzliche und außergewöhnliche Verschärfung und Ausweitung der Finanzmarktturbulenzen im letzten Quartal zu einem rascheren Rückgang des Wachstums (-1,5% gegenüber dem Vorquartal). Dies ist vor allem auf einen Rückgang der Auslandsnachfrage zurückzuführen: Die US-Wirtschaft kühlte erneut ab und die Wirtschaftstätigkeit in den Schwellenländern ließ merklich nach – obwohl man zuvor angenommen hatte, dass diese Länder vor den Auswirkungen der Eintrübung gefeit seien. Das nachlassende Wirtschaftswachstum war in allen Sektoren zu beobachten, auch wenn es die Industrie stärker traf. Insbesondere der Investitionsgüterbereich musste bedingt durch eine schwächere Auslandsnachfrage, einen raschen Abbau des Auftragsüberhangs und durch einen starken Konjunktureinbruch in der Automobilindustrie Einbußen hinnehmen.

Nachdem in den Vorjahren die Arbeitslosigkeit kontinuierlich gesunken war, verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage im Jahr 2008. Lag die Zahl der Arbeitslosen zu Beginn des Jahres mit 7,3% auf dem niedrigsten Stand seit den achtziger Jahren, erhöhte sich die Quote zum Jahresende auf 8,1%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Arbeitsmarkt im Normalfall verzögert auf die Konjunkturentwicklung reagiert. So werden Unternehmen bei einem Nachfragerückgang zunächst versuchen, durch Arbeitszeitverkürzungen die Produktion zurückzuschrauben, um einen Abbau der Belegschaft zu vermeiden. Erst wenn das Fortbestehen eines deutlichen Nachfragerückgangs und damit eine dauerhafte Drosselung der Produktion absehbar ist, setzt ein starker Personalabbau ein, um die Arbeitskosten zu senken. Sollte also der Nachfragerückgang auch in 2009 anhalten, ist erst gegen dessen Ende mit einem massiven Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu rechnen.

Die Verbraucherpreise setzten im ersten Halbjahr 2008 ihren Aufwärtstrend verstärkt fort. Ausgelöst durch einen weite-

Die außerordentlichen Mitglieder

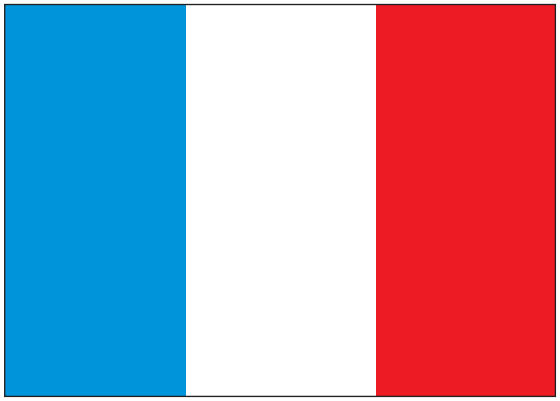
ren steilen Anstieg der Rohölnotierungen sowie der Preise für Agrarprodukte an den internationalen Märkten weitete sich der harmonisierte Verbraucherpreisindex in den Monaten Juni und Juli um 4% aus. Dies waren die höchsten Teuerungsraten seit Einführung des Euros. In der zweiten Jahreshälfte kam es zu deutlichen Preiskorrekturen an den Rohstoffmärkten, so dass sich der Preisanstieg zum Jahresende hin auf 1,6% verlangsamte. Im Jahresdurchschnitt lag die Steigerungsrate mit 3,3% dennoch deutlich über der mittelfristigen Preisnorm des Eurosystems, da sich Energiekosten und vor allem Nahrungsmittel überproportional verteuerten. Die europäische Notenbank hielt sich im ersten Halbjahr 2008 aufgrund des Zwiespaltes zwischen zunehmenden Preisrisiken und weiterhin turbulenten Kapitalmärkten mit Zinsänderungen zurück. Im Juli reagierte die EZB dann auf erhöhte Inflationserwartungen und erhöhte die Leitsätze um jeweils einen viertel Prozentpunkt. Nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers und den damit verbundenen Liquiditäts- und Solvenzproblemen zahlreicher anderer Banken wurde der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Oktober um einen halben Prozentpunkt zurückgenommen. Gleichzeitig wechselte die Notenbank befristet bis zum 31.3.2009 zum Festzinstender mit vollständiger Zuteilung aller Gebote, um den Liquiditätsproblemen zu begegnen. Durch die rückläufigen Rohstoffpreise erhöhte sich zudem der Spielraum für eine weitere Lockerung des geldpolitischen Kurses und so wurde der Leitzins bis zum Jahresende in zwei Schritten weiter gesenkt. Er hat sich somit im Verlauf des Jahres 2008 von in der Spitze 4,25% auf 2,5% verringert.

Bei den öffentlichen Finanzen im Euroraum zeichnete sich im Jahr 2008 eine Umkehr der günstigen Vorjahre ab. Der öffentliche Finanzierungssaldo im Euro-Währungsgebiet verschlechterte sich von –0,6% des BIP im Jahr 2007 auf –1,7% im Berichtszeitraum. Niedrigere Einnahmen, unter anderem durch Steuersenkungen sowie höhere Primärausgaben bei einer gleichzeitigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, führten zu dieser Trendumkehr. Nachdem 2007 bei der Defizitquote nur Griechenland oberhalb des Referenzwertes gelegen hatte, kamen im Jahr 2008 Irland, Spanien, Frankreich und Malta hinzu. Die durchschnittliche staatliche Schuldenquote im Euroraum stieg infolge der Eintrübung des wirtschaftlichen Umfeldes und der damit verschlechterten Haushaltslage von 66,1% im Jahr 2007 auf 68,7% im Berichtsjahr. Da die finanziellen Stützungsmaßnahmen durch Eurostat noch nicht endgültig statistisch klassifiziert wurden, könnte sich die staatliche Schuldenquote sogar noch stärker erhöhen.

Die außerordentlichen Mitglieder

Das Bilanzvolumen der außerordentlichen Mitglieder – 36 europäische freie Sparkassen aus zehn Ländern und der Verband der schwedischen Sparkassen – stieg um 47,1 Mrd. EUR auf 405,6 Mrd. EUR. Dabei zeigte sich wie in den Vorjahren bei den einzelnen Instituten ein differenziertes Bild des Bilanzsummenwachstums. Die Entwicklung der außerordentlichen Mitglieder wird insbesondere durch die jeweilige geschäftspolitische Ausrichtung der einzelnen Häuser und das jeweilige nationale Wettbewerbsumfeld geprägt.

Frankreich



Der französische Bankensektor

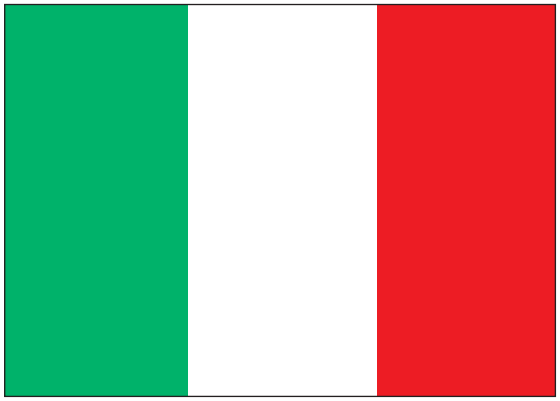
Im Februar des letzten Jahres brachte zunächst ein Spekulationsskandal die französische Großbank Société Générale in arge Bedrängnis. Ein Wertpapierhändler der Bank hatte in Future-Geschäften so hohe Positionen aufgebaut, dass die Glattstellung dieser Kontrakte der Bank einen Verlust in Höhe von 4,9 Mrd. EUR bescherte. Nur durch eine Kapitalerhöhung konnte ein Absacken des Eigenkapitals in kritische Regionen und eine drohende Übernahme durch die BNP Paribas verhindert werden.
Daneben sorgte die Finanzkrise auch in Frankreich für einigen Abschreibebedarf aus Kapitalmarktgeschäften in den sogenannten US-Subprimes. Leider waren auch die Sparkassen in erheblichem Maße betroffen. Über ihr Spitzeninstitut, die Caisse Nationale des Caisses d'Epargne (CNCE), sind die Sparkassen mit 34% an der Investmentbank Natixis beteiligt. Dieses Institut wurde von den Sparkassen zusammen mit der Volksbankengruppe Banques Populaires gegründet, um das Geschäft mit Finanzierungen und Vermögensverwaltung unter einem Dach zu bündeln. Durch ihr Engagement an den Kapitalmärkten musste die Investmentbank im letzten Quartal 2007 und im ersten Halbjahr des Berichtsjahres ca. 3,4 Mrd. EUR wertberichtigen. Dies machte Eigenkapitalzuschüsse der Eigentümer in Höhe von 3,9 Mrd. EUR notwendig, um das Institut zu stabilisieren. Daneben geriet auch der Monoliner CIFG, der zu Natixis gehört, durch die Zahlungsausfälle in Probleme. Hier mussten Mittel in Höhe von 1,5 Mrd. EUR für eine Rekapitalisierung aufgewendet werden.
Diese Stützungsmaßnahmen sowie eine Fehlspekulation im Eigenhandel der CNCE über 750 Mio. EUR führten dazu, dass man im Oktober des Berichtsjahres Verhandlungen über eine Fusion der Spitzenorganisationen mit der Volksbankengruppe (Banques Populiares) aufnahm. Durch den Zusammenschluss, bei dem die Filialnetze der beiden in der Rechtsform einer Genossenschaft geführten Institutsgruppen getrennt bleiben sollen, entsteht ein neuer Bankengigant im französischen Retail-Banking. Das neuformierte Institut verfügt über Einlagen von 480 Mrd. EUR, 8.200 Geschäftsstellen und 100.000 Mitarbeiter und ist mit etwa 25% des französischen Privatkundengeschäfts die zweitgrößte Bank Frankreichs.
Aber auch der Rest des Bankensektors blieb nicht von der Finanzkrise verschont und musste zum Teil erhebliche Wertberichtigungen vornehmen. Um die durch vermindertes Eigenkapital der

Kreditinstitute drohende Kreditklemme zu vermeiden, entschloss sich die französische Regierung, einen Rettungsplan für die französischen Banken aufzustellen. So wurde mit der Gesellschaft zur Finanzierung der Wirtschaft (SFEE) eine Institution geschaffen, die Banken im Bedarfsfall mit bis zu 320 Mrd. EUR staatlich garantierten Krediten unterstützen kann und zu 66% von den Banken kontrolliert wird. Institute, die solche Hilfen in Anspruch nehmen, müssen sich im Gegenzug verpflichten, privaten Haushalten, Unternehmen und Gebietskörperschaften Kredite zur Verfügung zu stellen. Für die Staatsgarantien zahlen die Banken einen Aufschlag auf den normalen Zinssatz. Neben der SFEE wurde eine zweite Gesellschaft für Staatsbeteiligungen (SPPE) ins Leben gerufen, die zu 100% staatlich ist und den Banken 40 Mrd. EUR Eigenkapital zur Verfügung stellen kann. Dafür erhält die Gesellschaft dann Obligationen oder direkte Beteiligungen.
Für zusätzlichen Gesprächsstoff sorgten im Berichtsjahr die beiden französischen Großbanken BNP Paribas und Crédit Mutuel. Die französische Genossenschaftsbank Crédit Mutuel setzte ihren Expansionskurs auch in 2008 fort. So setzte man sich im Juli in einem Bieterverfahren um die deutsche Citigroup-Privatkundentochter Citibank durch und erwarb diese für 4,9 Mrd. EUR. Daneben einigte man sich mit der Otto Group über eine Beteiligung am Ratenkreditspezialisten Cofidis und äußerte die Absicht, dort auch die unternehmerische Führung übernehmen zu wollen. Damit entstünde dann mit 27 Millionen Kundenkonten ein neuer Riese im Ratenkreditmarkt Frankreichs. Die BNP Paribas nutzte die Finanzkrise, um die Aktivitäten der Fortis-Gruppe in Belgien und Luxemburg für 14,5 Mrd. EUR zu erwerben und sich damit, gemessen an den Spareinlagen von 600 Mrd. EUR, zur größten Bank Kontinentaleuropas aufzuschwingen.

Die französische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Caisse d'Epargne d'Alsace, besitzt neben ihrem Hauptsitz in Straßburg noch 108 weitere Filialen über das gesamte Elsass verteilt. Anteilseigner der Caisse d'Epargne d'Alsace sind 12 lokale Spargesellschaften, die sich wiederum aus fast 90.000 Genossen zusammensetzen.
Mit einer Bilanzsumme von 7,2 Mrd. EUR (7,5 Mrd. EUR in 2007) und 1.015 Mitarbeitern gehört sie zu den mittelgroßen französischen Sparkassen. Die Bilanz wies im Berichtsjahr Kundenforderungen in Höhe von 3,4 Mrd. EUR (3,0 Mrd. EUR in 2007) aus. Die Summe der verwalteten Kundengelder wurde im Berichtsjahr auf 4,3 Mrd. EUR beziffert. Das Institut erwirtschafte im Berichtsjahr trotz Finanzkrise einen Jahresüberschuss von 34,7 Mio. EUR. Obwohl die Sparkassen inzwischen in der Rechtsform einer Genossenschaft geführt werden, sind sie in erster Linie dem Gemeinwohl und nicht den Interessen ihrer Genossen verpflichtet. Die französischen Sparkassen wenden daher große Summen für gemeinnützige und soziale Zwecke auf.

Italien



Der italienische Bankensektor

In Italien wurden seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Sparkassen durch Gesetzesänderungen Stück für Stück privatisiert. Im Jahre 1990 wurde durch das Amato-Gesetz der Geschäftsbetrieb der Sparkassen in eine Aktiengesellschaft überführt. Die Aktien wurden von neu gegründeten Stiftungen gehalten, welche sich um den gemeinnützigen Auftrag kümmerten. 1994 wurde dann mit der Dini-Richtlinie die Verpflichtung der Stiftungen aufgehoben, Aktienmehrheiten an den Sparkassen zu halten. Zudem wurde diesen mit Steuererleichterungen der Verkauf von Anteilen zusätzlich schmackhaft gemacht. Der letzte Schritt zur vollständigen Privatisierung der Sparkassen war das Ciampi-Gesetz von 1998, das den Stiftungen bis auf wenige Ausnahmen vorschrieb, bis Ende 2005 die Aktienmehrheit an ihren Sparkassen abzugeben. Durch diesen Umstand verschwanden viele Sparkassen durch Aufkäufe und Fusionen, unter anderem in der heutigen UniCredit. Von 88 Sparkassen in 1990 sind heute nur noch 45 Institute erhalten geblieben. Stattdessen wird der Markt von wenigen Großbanken dominiert, allen voran UniCredit und Intesa Sanpaolo. Für Wettbewerb und Kunden ist dies eine ungünstige Entwicklung und inzwischen zahlt man europaweit die höchsten Gebühren als Folge dieser Privatisierungspolitik.

Das Jahr 2008 verlief aus Sicht der italienischen Kreditinstitute relativ ruhig. Nachdem sie jahrelang verspottet wurden, sie würden die innovative Finanzwelt nicht verstehen und die Chancen verschlafen, die sich auf den internationalen Finanzmärkten böten, kam ihnen ihre konservative Geschäftspolitik nun zugute. Die Regierung legte im Vergleich zu anderen Staaten mit einem Volumen von 12 Mrd. EUR ein eher kleines Rettungspaket für Banken auf, welches vor allem zur Absicherung bestehender Kredite gedacht war.

Die italienischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Die Banca Carige SpA setzte ihren Expansionskurs auch im letzten Jahr unvermindert fort. Im März des Berichtsjahres wurden von der Intesa Sanpaolo 79 Filialen in den Regionen Venedig, Sardinien, der Lombardei und Piemont für einen Kaufpreis von 853 Mio. EUR erworben. Im Dezember 2008 übernahm man für einen Preis von 115 Mio. EUR dann noch 40 Filialen von der UniCredit Group. Durch diese Neuakquisitionen wurden insgesamt 1,5 Mrd. EUR Forderungen an Kunden sowie 6,3 Mrd. EUR

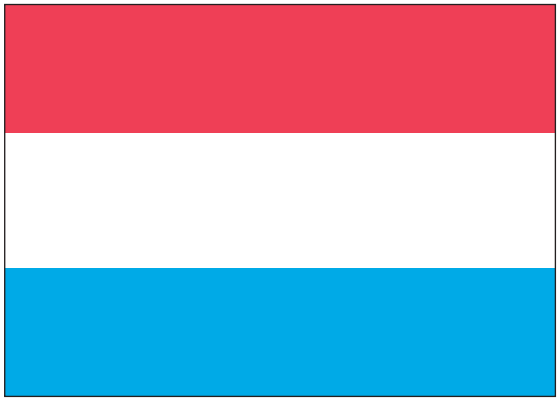
Kundeneinlagen aus den mit übernommenen Kundenbeziehungen generiert. Dadurch erhöhte sich die Bilanzsumme bei unserem Mitgliedsinstitut insgesamt um 16,5% auf 32,0 Mrd. EUR (2007: 27,4 Mrd. EUR). Die Forderungen an Kunden nahmen um 21,3% oder 3,6 Mrd. EUR auf 20,6 Mrd. EUR zu, die Kundeneinlagen legten sogar um über 27% (4,8 Mrd. EUR) auf 22,2 Mrd. EUR zu. Der Gewinn blieb mit 205 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr fast konstant, da mit der Akquisition der neuen Filialen einige Einmalinvestitionen getätigt werden mussten. Dadurch konnten sich die höheren Einlage- und Kreditvolumina noch nicht im Betriebsergebnis bemerkbar machen. Mit 58,94% spiegelt die gestiegene Cost-Income-Ratio diese Zahlen wider, der Wert ist aber immer noch niedrig für ein Institut mit 5.500 Mitarbeitern und 643 Bankfilialen.

Auch unser zweites Mitglied aus Italien, die Südtiroler Sparkasse AG in Bozen, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr weiter an der Ausweitung ihres Filialgebietes als auch an der Angebotspalette ihrer Finanzdienstleistungen gearbeitet. In den italienischen Regionen ihres Geschäftsgebietes wurden in 2008 dreizehn neue Filialen eröffnet. Zusätzlich wurde mit einer Repräsentanz in Innsbruck und einer weiteren in München erstmals der Schritt ins benachbarte Ausland gewagt. Das Mitgliedsinstitut verfügt damit nun insgesamt über 114 Geschäftsstellen und beschäftigt knapp 1.200 Mitarbeiter.
Im Produktbereich wurde im Berichtsjahr mit der ITAS-Landesversicherungsanstalt Trentino/Südtirol ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet und so kann nun den Kunden im Bereich Schadensversicherungen mit der Dachmarke „Pro“ eine eigene Produktpalette angeboten werden. Weiterhin hat die Südtiroler Sparkasse AG im letzten Jahr 60% des Gesellschaftskapitals der Millenium Sim AG, einem der wichtigsten Online-Trader Italiens, erworben. Diese Gesellschaft hat sich auf die Platzierung von Produkten der Vermögensverwaltung spezialisiert, bietet neben dem reinen Online-Trading aber auch sogenanntes „Trading on Site“ an. Hierbei haben Kunden die Möglichkeit, in einem von der Gesellschaft voll ausgestatteten Händlerraum und unter Aufsicht von qualifiziertem Personal ihre Wertpapiergeschäfte durchzuführen.
Die Bilanzdaten der Südtiroler Sparkasse AG zeigen trotz der schwierigen Marktbedingungen einen positiven Jahresabschluss für die Bank. So stieg die Bilanzsumme von 6,6 Mrd. EUR um 19,2% auf 7,9 Mrd. EUR an. Die Kundeneinlagen stiegen um 15,5% auf 6,4 Mrd. EUR an, die Ausleihungen an Kunden konnten abzüglich der Wertberichtigungen um 23,8% auf 6,5 Mrd. EUR ausgeweitet werden. Der Zinsertrag konnte um 8,5% auf 162 Mio. EUR gesteigert werden, das Provisionsergebnis blieb mit 44 Mio. EUR nahezu unverändert. Durch erhöhte Verwaltungsaufwendungen im Rahmen der Neueröffnung von Filialen und den durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verursachten höheren Abschreibebedarf sank der Jahresüberschuss um 34,7% auf 29 Mio. EUR nach 44 Mio. EUR in 2007.

Der Luxemburger Bankensektor

Luxemburg, zwischen Belgien, Deutschland und Frankreich gelegen, zählt mit 470.000 Einwohnern eher zu den kleinen Ländern auf dem Globus. Trotz seiner geringen Größe gehört Luxemburg zu den reichsten Staaten der Welt. Allerdings würde ein direkter Vergleich mit anderen Volkswirtschaften im Falle des Großherzogtums hinken, denn sein Erfolg beruht überproportional auf seinem Finanzsektor, für den das Land weltweit bekannt ist. So werden im Dienstleistungssektor über 84% seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) erwirtschaftet, während die Industrie nur mit rund 15% daran beteiligt ist. Der Anteil der Finanzdienstleistungen alleine macht schon fast 54% der Wertschöpfung aus und verdeutlicht die Abhängigkeit des Staates von der Finanzindustrie. Konnte das BIP dadurch in den Jahren nach Einführung des Euro jährlich um fast 5% wachsen, so ist man im Großherzogtum derzeit stark von der Finanzkrise betroffen. Zwar sind in Luxemburg Hedge Fonds und Investmentbanken eher schwach vertreten, aber auch normale Geschäftsbanken haben sich ja bekanntlich mehr toxische Wertpapiere in und unter die Bilanzen geladen, als gut für sie gewesen wäre. Berühmtestes Beispiel hierfür war die Pleite der Fortis-Gruppe, die von den Benelux-Ländern aus ihre aggressive internationale Expansion betrieb. Hier und im Falle der ebenfalls in Schieflage geratenen Dexia musste die Regierung Luxemburgs stützend mit eingreifen. Und auch die übrigen internationalen Banken haben zurzeit keine Freude an der seit 2007 anhaltenden und sich seit dem Konkurs von Lehman Brothers zugespitzten Finanzmarktkrise, allen voran die vielen in Luxemburg vertretenen Fondsgesellschaften.

Luxemburg



Der Aufstieg des Großherzogtums Luxemburg zu einer weltweiten Finanzmetropole begann Anfang der sechziger Jahre und lässt sich mit zwei Worten simpel beschreiben: steuerliche Vorteile. Aufgrund einer fehlenden Quellensteuer und niedriger Gebühren lockte man schon damals Emittenten von auf Dollar lautenden Obligationen an. Auch wagten vermehrt deutsche Banken den Sprung über die Grenze, um der Mindestreservepflicht der Bundesbank zu entgehen. Diesen folgten in den siebziger Jahren US-amerikanische Banken, die vom luxemburgischen Bankgeheimnis und wiederum der fehlenden Quellensteuer angezogen wurden. In den achtziger Jahren etablierte sich in Luxemburg auf-

grund liberaler Bedingungen das internationale „Private Banking“ im Land. Nachdem 1988 dann noch eine EU-Richtlinie über die Zulassung von Fonds mit als erstes in nationales Recht umgesetzt wurde, versetzte dies der Fondsbranche in Luxemburg einen weiteren Schub.

Die luxemburgische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Seit dem 1.1.2008 ist die Freie Internationale Sparkasse S.A. Mitglied im Verband. Gegründet wurde das Institut am 1.1.2001 und übernahm die Rechtsnachfolge der Sparkasse Bremen Niederlassung Luxemburg, die zuvor schon seit 1994 erfolgreich am Bankplatz Luxemburg tätig war. Hauptaktionär ist daher auch Die Sparkasse Bremen AG. Die Freie Internationale Sparkasse S.A. ist eine von über 150 Banken am internationalen Finanzplatz Luxemburg. Das Institut verfügt über den Status einer Vollbank und ist dem Luxemburger Einlagensicherungsfonds (AGDL) angeschlossen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Betreuung und Beratung vermögender Privatkunden, dem sogenannten „Private Banking“. Zudem wurde im Jahr 2000 mit der Inter-Portfolio Verwaltungsgesellschaft S.A. eine eigene Fondsgesellschaft gegründet, die bereits mehrere sehr erfolgreiche Investmentfonds aufgelegt hat.
Im Geschäftsjahr 2008 verringerte sich die Bilanzsumme um 18% auf 38,2 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 1 Mio. EUR auf 21,9 Mio. EUR. Der Rückgang der vermittelten Eurokredite, der bei den Forderungen gegenüber Kunden zu einer Abnahme um 57% auf 5 Mio. EUR führte, spiegelt sich bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch einen Rückgang um 8 Mio. EUR auf nunmehr 3,2 Mio. EUR wider. Im Ertragsbereich konnte bei den Zinsüberschüssen eine Steigerung um 207.000 EUR auf 746.000 EUR erreicht werden, wohingegen das Provisionsergebnis gegenüber dem Rekordergebnis 2007 um 488.000 EUR auf 2,4 Mio. EUR abnahm. Die Personal- und Sachkosten erhöhten sich leicht um 3,8% auf 1,7 Mio. EUR. Leider machte sich die verschärfte Situation auf den Kapitalmärkten und der damit verbundene Abschreibungsbedarf bei den festverzinslichen Wertpapieren im Finanzergebnis mit einem Minus von 1,3 Mio. EUR (+140.000 EUR im Vorjahr) deutlich bemerkbar, weshalb das Jahresergebnis mit 40.000 EUR deutlich hinter dem des Vorjahres (1,3 Mio. EUR) zurückblieb.

Der maltesische Bankensektor

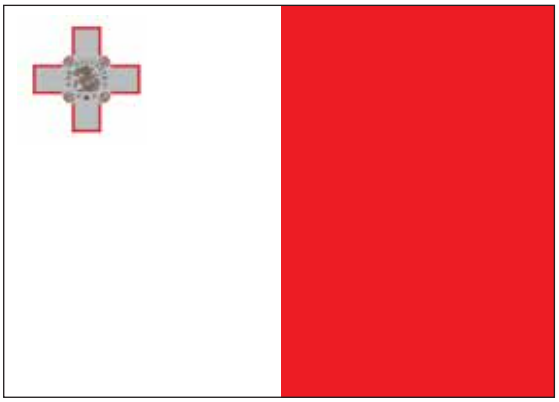
Malta bietet hohe wirtschaftliche und politische Stabilität und ist seit 2004 EU-Mitglied. Der am schnellsten wachsende Wirtschaftszweig ist der Banken- und Finanzsektor, der bereits mehr als 12% des BIP ausmacht und über 5.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Möglich macht diesen Aufschwung eine liberale und wirtschaftsfreundliche Politik. In Malta ist die Wahrung von Bank- und Geschäftsgeheimnissen strafrechtlich gesichert. Es gibt in Malta 19 Institute mit einer Banklizenz, die alle nach angelsächsischem Recht firmieren.

Malta bei 35% liegt, als um die tatsächliche steuerliche Belastung. Diese liegt wegen eines Anrechnungssystems oder angenommener Vorwegbesteuerungen wesentlich niedriger. Zu den günstigen Steuern kommen als weitere Standortfaktoren relativ niedrige Arbeitskosten sowie nicht zuletzt Englisch als zweite Landes- und Amtssprache.

Die maltesische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparkasse Bank Malta plc. wurde vor wenigen Jahren von der Sparkasse Schwaz AG aus Österreich gegründet.

Malta



Die größten Institute sind die Bank of Valetta plc. mit knapp 7 Mrd. EUR Bilanzsumme, gefolgt von der Raiffeisen Bank plc. mit ca. 6,1 Mrd. EUR. Die Bank of Valetta plc. ist Mitglied der europäischen Sparkassenvereinigung in Brüssel.

Viele der ansässigen Kreditinstitute sind Töchter von ausländischen Banken, vor allem aus Österreich. Für diese ist Malta zwar ein Standort, aber kein Markt, weil wenig lokales Privatkundengeschäft möglich ist. Der geschäftliche Schwerpunkt liegt eher im „Wholesale banking“, hauptsächlich syndizierte Kredite. Dabei sind vor allem die rechtlichen und steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten interessant. Es geht weniger um den Körperschaftssteuersatz, der in

Auch die Sparkasse Bank Malta plc. ist in erster Linie im Interbankengeschäft tätig. Dies verdeutlichen einige Bilanzkennzahlen. So stehen Forderungen an Kunden in Höhe von 12.400 EUR Forderungen an Banken in Höhe von 67,9 Mio. EUR gegenüber. Auf der Passivseite verteilt sich das Kundeneinlagenvolumen zu 19% auf Einlagen von Privatkunden (25,3 Mio. EUR) und zu 69% auf Einlagen von Kreditinstituten (90,5 Mio. EUR). Elf Mitarbeiter verwalten insgesamt eine Bilanzsumme von 130 Mio. EUR. Bedingt durch die Finanzkrise musste im Berichtsjahr 2008 ein Verlust in Höhe von 153.000 EUR verbucht werden. Allerdings ist das Institut mit einer Eigenkapitalquote von fast 11% hervorragend aufgestellt.

Niederlande

Der niederländische Bankensektor

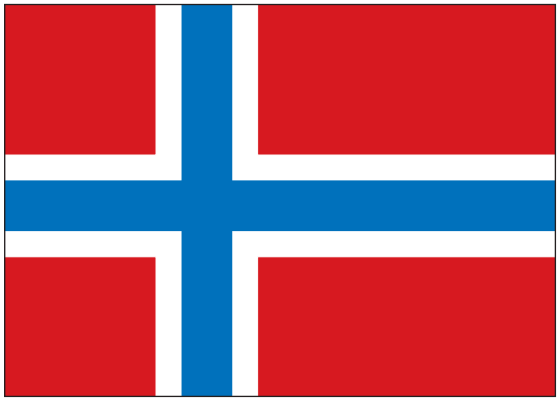
Die Niederlande weisen nach Belgien den höchsten Konzentrationsgrad eines europäischen Bankenmarktes auf. Der Marktanteil der vier größten Anbieter liegt bei über 80%. Dabei sind vor allem die Allfinanzkonzerne ING und Fortis dominierend, die alleine zwei Drittel der aggregierten Bilanzsummen aller niederländischen Banken auf sich vereinen. Neben den großen Finanzkonzernen besteht die Rabobank-Gruppe mit 288 lokalen Genossenschaftsbanken, die formal unabhängig sind, sowie dem Zentralinstitut Rabobank. Regional tätige Sparkassen sucht man in den Niederlanden vergeblich. Gab es in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre noch 250 Sparkassen, ist diese Institutsgruppe heute nicht mehr existent. 1990 schlossen sich über 100 Sparkassen zur SNS Bank zusammen, die außerordentliches Mitglied unseres Verbandes ist. Ferner wurde der Konzentrationsprozess der Sparkassen von der belgisch-niederländischen Fortis-Gruppe vorangetrieben. Die Fortis-Gruppe, die 1990 aus der Fusion eines niederländischen und eines belgischen Versicherungsunternehmens entstand, hatte in der Folge sowohl in Belgien als auch in den Niederlanden eine Reihe von Sparkassen übernommen und ist heute ein international operierender Bankkonzern. Im Jahr 2007 wurde sogar mit der ABN Amro Bank noch ein großer Mitbewerber aufgekauft.
Bei solch großen, international tätigen Finanzkonzernen konnte die Finanzkrise auch an den Niederlanden nicht spurlos vorbeigehen. Während sich bei der ING der Abschreibebedarf in Grenzen hielt, mussten die Beneluxstaaten beim belgisch-niederländischen Finanzkonzern Fortis massiv stützen, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Fortis hatte sich sowohl bei Wertpapieren mit niedriger Bonität verspekuliert als auch mit dem Kauf von Teilen des ABN Amro-Geschäfts für 24 Mrd. EUR deutlich verhoben. Am Ende wurde der niederländische Teil komplett verstaatlicht und mit einer Liquiditätsspritze von 16,8 Mrd. EUR vom Staat aufgefangen. Die ING wurde ebenfalls mit einer staatlichen Finanzspritze in Höhe von 10 Mrd. EUR ausgestattet. Allerdings sollte mit dieser Finanzhilfe lediglich das Eigenkapital der ING auf über 10% aufgestockt werden, ein Kollaps drohte zu keiner Zeit.

Die niederländische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser Mitgliedsinstitut, die SNS Reaal Group, blickt auf ein problematisches

Geschäftsjahr 2008 zurück. Zwar entwickelten sich die Zahlen im Retailgeschäft durchaus erfreulich, doch insgesamt wurde unser Mitgliedsinstitut hart von den Entwicklungen an den Finanzmärkten getroffen. So musste die SNS Reaal Group im abgelaufenen Jahr einen bilanziellen Verlust hinnehmen, der in erster Linie durch hohen Abschreibebedarf in der Versicherungssparte verursacht wurde. Man hatte in der Hoffnung auf höhere Renditen Teile der Kundengelder im Lebensversicherungsbereich in genau die Sorte Wertpapiere investiert, für die im Laufe des Jahres die Märkte zusammenbrachen. So entstand ein Abschreibebedarf in Höhe von knapp 1,7 Mrd. EUR, der aus den Erträgen nur teilweise ausgeglichen werden konnte. Da auch im Bankgeschäft trotz gestiegener Volumen im Kredit- und Einlagenbereich die Zinserlöse und das Provisionsergebnis rückläufig waren, betrug der Gesamtverlust für den Finanzkonzern am Ende 504 Mio. EUR.
Die Bilanzsumme der SNS Reaal Group stieg durch die beginnende Eingliederung der in 2007 erworbenen AXA NL von 103 Mrd. EUR in 2007 auf 124 Mrd. EUR. Im Bankbereich erhöhten sich die Forderungen an Kunden in 2008 um 4,7 Mrd. EUR auf 67,7 Mrd. EUR, die Kundeneinlagen nahmen um 2,6 Mrd. EUR auf 21,8 Mrd. EUR (2007: 19,2 Mrd. EUR) zu.

Norwegen



Der norwegische Bankensektor

Der norwegische Bankenmarkt ist durch eine starke Konzentration geprägt. Das größte norwegische Kreditinstitut, die DnBNOR mit einer Bilanzsumme von 1.041 Mrd. NOK (126 Mrd. EUR) sowie einem Marktanteil von fast 50%, ist formell eine Sparkasse. Das Institut entstand 2003, als die damals größte norwegische Sparkasse, die Union Bank of Norway, durch die größte Geschäftsbank des Landes, die Den Norske Bank, übernommen wurde. Die Berechtigung zur Führung des Namens „Sparkasse" behalten börsennotierte Kreditinstitute dann, wenn deren Sparkassenstiftungen mind. 10% vom jeweiligen Aktienkapital besitzen. Da die Eigentümerstiftung der Union Bank of Norway noch immer 10,4% an der DnBNOR hält, ist diese formell eine Sparkasse und somit weiterhin Mitglied im norwegischen Sparkassenverband. Als international ausgerichtete Geschäftsbank gehört sie aber auch gleichzeitig dem Bankenverband an.

Neben der DnBNOR gibt es weitere 126 norwegische Sparkassen, die aber regional ausgerichtet sind. Die meisten dieser Sparkassen haben sich zu drei Allianzen zusammengeschlossen. Die norwegischen Sparkassen verfügen alle über die Rechtsform der Stiftung, deren Kapitalbildung vor allem durch Gewinnthesaurierung erfolgt. Seit 2002 können die Sparkassen ihre Rechtsform auch in eine Aktiengesellschaft umwandeln, allerdings hat hiervon bisher lediglich die DnBNOR Gebrauch gemacht.

Seit 1987 ist es den norwegischen Sparkassen zur Stärkung ihres Eigenkapitals möglich, börsennotierte „Primary Capital Certificates" (PCCs) zu emittieren. Im Gegensatz zu Aktien verbriefen diese PCCs lediglich begrenzte Einflussrechte im Aufsichtsrat und keinerlei Eigentumsrechte am Kapital der Sparkasse. Im Insolvenzfall erfolgt eine nachrangige Befriedigung der PCC-Inhaber.

Obwohl sich auch die norwegischen Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und soziale Projekte, Kunst, Kultur und Sportaktivitäten in ihren Regionen fördern, enthalten weder das norwegische Sparkassengesetz noch die Satzungen der Sparkassen ausdrücklich Aussagen zur Gemeinwohlorientierung.

Die norwegische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparbanken Sør, unser Mitgliedsinstitut aus Norwegen, hat ein zufriedenstellendes Jahr 2008 gemeldet. Allerdings hat die Finanzmarktkrise auch vor Norwegens Wirtschaft nicht Halt ge-

macht und auch bei der Sparbanken Sør trotz Wachstum im Kundengeschäft das Betriebsergebnis beeinflusst. Die Bilanzsumme ist von 3,1 Mrd. EUR in 2007 auf 3,5 Mrd. EUR im Berichtsjahr angestiegen. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich auf 2,9 Mrd. EUR (2007: 2,6 Mrd. EUR) und die Kundeneinlagen nahmen leicht um 40 Mio. EUR auf 1,66 Mrd. EUR zu. Dadurch erhöhte sich der Zinsüberschuss von 57,4 Mio. EUR auf 65,6 Mio. EUR, während das Provisionsergebnis mit 8,9 Mio. EUR leicht rückläufig war (9,2 Mio. EUR in 2007). Durch den Zusammenbruch der Kapitalmärkte musste die Sparbanken Sør Abschreibungen im Depot A in Höhe von knapp 19 Mio. EUR vornehmen, wodurch der Jahresüberschuss von 24,5 Mio. EUR in 2007 auf 1,9 Mio. EUR in 2008 zusammenschrumpfte.

Österreich

Der österreichische Sparkassensektor

Nicht nur in Österreich wird noch in einigen Jahrzehnten das Jahr 2008 bei historischen Rückblicken als Signaldatum gelten, ähnlich wie etwa die erste Rohölkrise von 1973 oder die Weltwirtschaftskrise 1929. In diesem Jahr nahm eine weltweite Finanzkrise ihren Anfang und in ihrer Folge fanden beachtliche strukturelle Veränderungen der globalen Finanzmärkte statt. 2008 wird als Tiefpunkt einer Vertrauenskrise in die Kreditwirtschaft in Erinnerung bleiben, welche Ausgangspunkt vieler Reformen zur Wiederherstellung breiten Vertrauens in das finanzwirtschaftliche Geschehen gewesen ist.

s Österreich Initiative

Die österreichischen Sparkassen haben noch im Jahr 2008 unter dem Namen „s Österreich Initiative“ einige Maßnahmen gestartet, um einerseits den Kunden wieder Sicherheit, Vertrauen und Zuversicht zu vermitteln und andererseits Impulse für die Wirtschaft zu setzen. Diese Maßnahmen werden erst 2009 wirksam werden und sehen vor allem ein Kreditpaket im Umfang von sechs Milliarden Euro für Klein- und Mittelbetriebe sowie für Privathaushalte vor. Dazu gehören das Angebot von zinsgünstigen Energiespar-Darlehen im Rahmen der Förderaktion zur thermischen Sanierung und Spezialfinanzierungen für Unternehmen. Schließlich wurde unter dem Titel Helping Hands eine Unterstützungsaktion für Arbeitslose bei der Abwicklung ihrer Bankgeschäfte gestartet.

Trennung Erste Group – Erste Bank Oesterreich

Im August 2008 wurde rückwirkend per 1. Januar 2008 die Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG in die Erste Bank Oesterreich oder EBOe und die Erste Group gespalten. Die EBOe ist für das gesamte Österreichgeschäft inklusive Steuerung des Kooperations- und Haftungsverbundes verantwortlich. Dieser Verbund konnte 2008 voll umgesetzt werden und wurde bereits ausführlich beschrieben.
Die Erste Group ist verantwortlich für alle Auslandstöchter und die Zentralfunktionen Treasury, Large Corporates und Internationales Geschäft. Inklusive Österreich umfasst dieser Heimmarkt acht Staaten in Zentral- und Osteuropa (CEE), wo Tochterbanken mit rund 50.000 Mitarbeitern für mehr als 17 Millionen Kunden tätig sind.

Kooperation mit der Vienna Insurance Group

Im Frühjahr 2008 begann die Kooperation zwischen der Erste Group und der Vienna Insurance Group (VIG), wodurch zwei führende Finanzdienstleister in Zentral- und Osteuropa ihr Know-how im Aufbau von Geschäftsaktivitäten in den CEE bündeln können. Damit steht den Kunden der Erste Bank und der Sparkassen ein wesentlich attraktiveres Angebot an Versicherungsdienstleistungen zur Verfügung. Anderseits werden die österreichischen Gesellschaften der VIG, die Wiener Städtische Versicherung und die Donau Versicherung, Finanzdienstleistungen der Sparkassengruppe anbieten und vermitteln.
Mit dieser Kooperation steht den Sparkassen auch der 3.000 Mitarbeiter umfassende Außendienst der VIG zur Verfügung, der mittelfristig auch Sparkassenprodukte verkaufen wird.

Corporate Social Responsibility (CSR)

Trotz der Finanzkrise wurde der Auftrag der Sparkassengruppe, die gesellschaftliche Verantwortung gegenüber ihren Kunden, Mitarbeitern und der Öffentlichkeit wahrzunehmen, weiter ausgebaut. Der fünfte Gemeinwohlbericht des Österreichischen Sparkassenverbandes, der im Mai 2009 erschien und im Internet (sparkassenverband.at) abrufbar ist, dokumentiert diese Verantwortung ausführlich. Dazu gehört auch die Tätigkeit der „Die Zweite Sparkasse“, die Kunden mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ohne Zugang zu Finanzdienstleistungen kostenlose Konten auf Haben-Basis und weitere Unterstützungen anbietet.
Diese Sparkasse ist seit 2008 in acht der neun Bundesländer Österreichs tätig.

Zahl der Sparkassen in Österreich

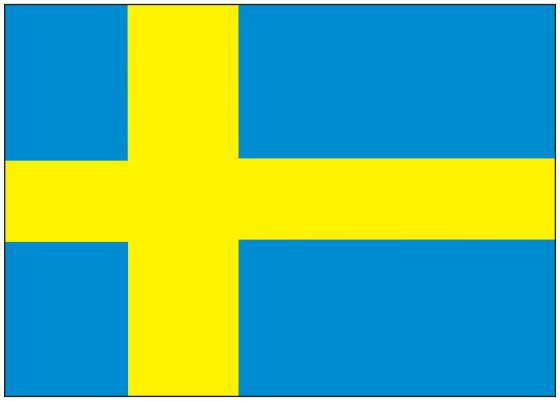
Ende 2008 gab es in Österreich neben der Erste Group, der Erste Bank Oesterreich und der „Die Zweite Sparkasse“ 52 regionale Sparkassen, von denen 38 ihren Geschäftsbetrieb in eine Aktiengesellschaft ausgelagert haben. Die übrigen 14 regionalen Sparkassen bestehen noch in der traditionell eigentümerlosen Form, wobei drei als Gemeindesparkassen und elf als Vereinssparkassen gegründet wurden. Als Aktionäre der AGs treten neben 11 Anteilsverwaltungssparkassen 34 Stiftungen auf, wobei in einigen Fällen mehrere Stiftungen Anteile an einer AG halten. Schließlich sind einige Sparkassen-Aktiengesellschaften auch an anderen Sparkassen, zum Teil mehrheitlich, beteiligt.

Geschäftsentwicklung der österreichischen Sparkassen

Aufgrund der teilweisen Neugliederung der österreichischen Sparkassengruppe sind datenbezogene Vergleiche mit dem Jahr 2007 und eine spezielle Darstellung der Vereinssparkassen nur bedingt möglich. Aus diesem Grund werden in der Folge die Ergebnisse der gesamtösterreichischen Sparkassen (ohne Erste Group) analysiert.
Die österreichischen Sparkassen konnten die Bilanzsumme gegenüber 2007 um 11% auf 91,6 Mrd. EUR steigern. Die Gesamteinlagen in Höhe von 52,6 Mrd. EUR lagen um 8%, das Kreditvolumen in Höhe von 57,5 Mrd. EUR um 9,6% über dem Vergleichswert 2007. Das Kernkapital der Sparkassen betrug 4,4 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil von 76,4% an den gesamten Eigenmitteln und einer Kernkapitalquote, bezogen auf das Kreditrisiko, von 10,7%. Die Anzahl der Mitarbeiter betrug nach Köpfen

14.475 und die Anzahl der Bankstellen 1.062. Die Sparkassen betreuen bereits mehr als 3 Millionen Kunden und konnten diesen Marktanteil in den letzten Jahren kontinuierlich steigern.
Das Betriebsergebnis stagnierte gegenüber 2007 und betrug im Berichtsjahr 788 Mio. EUR, das entspricht 0,88% der DBS. Das Jahres-EGT verringerte sich gegenüber 2007 um 47,7% auf 220 Mio. EUR und beträgt nun 0,25% der DBS.
Die Cost-Income-Ratio blieb mit 65,7% konstant, der ROE nach Steuern sank deutlich wegen des Einbruchs beim Jahresüberschuss auf 4,4%. Der Jahresüberschuss sank 2008 auf 0,20% der DBS oder 175 Mio. EUR.

Schweden



Der schwedische Bankensektor

Auf dem schwedischen Bankenmarkt agieren vier Bankengruppen. Die größte Gruppe der in Schweden tätigen Banken bilden die Geschäftsbanken mit den „großen Vier“ an der Spitze. Dies sind die FöreningsSparbanken (Swedbank), die Svenska Handelsbanken, die Nordea und die SEB. Sie haben, gemessen an der Bilanzsumme, einen Marktanteil von über 80%. Von den „großen Vier“ hat die FöreningsSparbanken (FSB)/Swedbank ihre Wurzeln im Sparkassen- und Genossenschaftssektor. Dies erklärt auch, warum sie landesweit über ein großes Zweigstellennetz mit 490 Filialen verfügt. Neben dem Standbein im Retail Banking hat sich die FSB/Swedbank zur internationalen Geschäftsbank entwickelt.
Auslandsbanken spielen in Schweden mit Ausnahme der Den Danske Bank eine untergeordnete Rolle. Erst 1986 wurde es ausländischen Banken erlaubt, Tochtergesellschaften in Schweden zu eröffnen. Die Den Danske Bank ist vor allem nach der Übernahme der Östgöta Enskilda Banken mittlerweile zum fünftgrößten Kreditinstitut in Schweden aufgestiegen. Daneben bestehen in Schweden noch zwei Genossenschaftsbanken. Die 63 schwedischen Sparkassen verfügen landesweit über einen Marktanteil von ca. 6%. Regional haben sie aber eine sehr starke Marktposition und verfügen vor Ort über weit höhere Marktanteile. Mit 254 Filialen unterhalten die kleinen schwedischen Sparkassen immerhin ca. 10% der Bankfilialen in Schweden. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzdienstleistungen. Der schwedische Bankenmarkt ist von einem harten Wettbewerb gekennzeichnet. Organisches Wachstum im Heimatmarkt ist durch die hohe Bankenkonzentration nur noch schwer möglich und Fusionen wie die 2002 geplante der Swedbank mit der SEB scheiterten zuletzt an den Auflagen der Brüsseler Wettbewerbsbehörden. Deshalb haben vor allem die „großen Vier“ als Folge des begrenzten schwedischen Marktes stark ins Baltikum, nach Russland und Osteuropa expandiert.

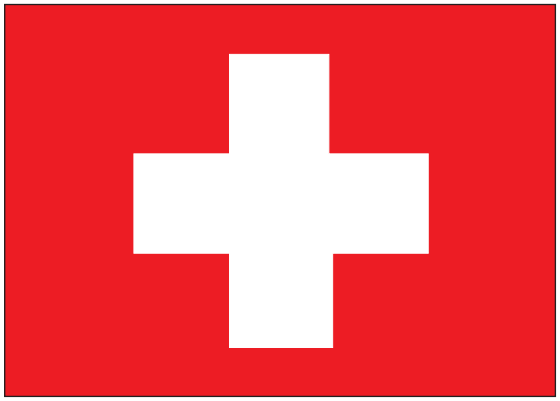
Die schwedischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Verbandsmitglied, der Sparbankernas Riksförbund, vertritt die Interessen der 63 zum Teil sehr kleinen Sparkassen in Schweden. Viele dieser Sparkassen haben weniger als 100 Mitarbeiter und sind daher auf

Kooperationen innerhalb der Sparkassengruppe angewiesen. Als Spitzeninstitut unter den Sparkassen in Schweden fungiert die Swedbank. Die Swedbank hat umfangreiche Kooperationsabkommen mit den kleineren Sparkassen des Sparbankernas Riksförbund, insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung und IT-Dienstleistungen, geschlossen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck und flache Zinskurven sind auch bei den Sparkassen in Schweden spürbar. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, wurde die Anzahl der Mitarbeiter der im Verband zusammengeschlossenen Institute weiter abgebaut und das Filialnetz nochmals gestrafft. Die kumulierte Bilanzsumme der Sparkassen beläuft sich auf 16 Mrd. EUR, Forderungen an Kunden liegen bei 10,4 Mrd. EUR und die Kundeneinlagen betragen 8 Mrd. EUR.

Unsere Mitgliedssparkasse Sparbanken Syd, die ebenfalls dem schwedischen Sparkassenverband angeschlossen ist, hat auch im Jahr 2008 ihre Bilanzpositionen ausbauen können. Die Bilanzsumme stieg auf 7,9 Mrd. SEK (741 Mio. EUR) nach 7,1 Mrd. SEK in 2007. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich auf 7,2 Mrd. SEK oder 678 Mio. EUR (2007: 6,1 Mrd. SEK), Kundeneinlagen wuchsen von 5 Mrd. SEK in 2007 auf 5,9 Mrd. SEK (554 Mio. EUR) im Berichtsjahr an. Die Erfolgsrechnung 2008 wurde auch bei unserer schwedischen Sparkasse durch die Finanzkrise belastet. Während der Zinsüberschuss auf 180,1 Mio. SEK oder 16,9 Mio. EUR nach 161,7 Mio. SEK in 2007 gesteigert werden konnte, sank das Provisionsergebnis durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von 100,5 Mio. SEK auf 73,7 Mio. SEK (6,9 Mio. EUR) ab. Zusätzlich musste im Handelsergebnis durch die Neubewertung von Kapitalmarktpapieren im Jahr 2008 ein Verlust von 35,2 Mio. SEK (3,3 Mio. EUR) verbucht werden, nachdem im Vorjahr mit einem Überschuss von 118,7 Mio. SEK noch ein Rekordwert erreicht werden konnte. Dadurch fiel der Jahresüberschuss mit 21,2 Mio. SEK (2 Mio. EUR) relativ niedrig aus, nachdem er im Vorjahr noch bei 190,3 Mio. SEK gelegen hatte.

Schweiz



Der Schweizer Bankensektor

Die beiden Großbanken UBS und Credit Suisse sind die größten Bankkonzerne der Schweiz und gehören zu den größten der Welt. Sie treten als global tätige Universalbanken auf und sind im inländischen Retail Banking die gewichtigsten Institute, auch wenn regional vor allem die Raiffeisenbanken und die Kantonalbanken einen höheren Marktanteil haben.

Neben den Großbanken gibt es ca. 400 Raiffeisenbanken, die sich zu einer Gruppe mit einem Spitzeninstitut, der Raiffeisen Schweiz, zusammengeschlossen haben, in deren Rahmen sie gegenseitig im Insolvenzfall haften. Raiffeisen Schweiz koordiniert die Aktivitäten der Gruppe, schafft Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der örtlichen Raiffeisenbanken (beispielsweise IT, Infrastruktur, Refinanzierung) und berät und unterstützt sie in vielen Bereichen. Daneben besitzt die Raiffeisen Schweiz eine eigene Banklizenz und fungiert als Zentralbank für die Gruppe. Der Verbund Raiffeisen Schweiz ist die drittgrößte Bankengruppe in der Schweiz.

Die Kantonalbanken bilden keine Bankengruppe, sondern sind rechtlich und wirtschaftlich absolut selbständige und z.T. konkurrierende Banken. Sie werden zum überwiegenden Teil in der Rechtsform der selbständigen Anstalt kantonalen Rechts geführt, einzelne Institute sind mittlerweile in der Rechtform der AG tätig, wobei die Kantone an diesen Aktiengesellschaften die Mehrheit der Anteile besitzen. Die Zürcher Kantonalbank repräsentiert mit einer Bilanzsumme von ca. 60 Mrd. EUR ein Viertel der Volumina aller Kantonalbanken und ist damit die mit Abstand größte Kantonalbank und das viertgrößte Institut in der Schweiz.

Ähnlich wie die Raiffeisenbanken haben sich auch viele Regionalbanken und Sparkassen als selbständige Banken zu einer Gruppe zusammengeschlossen, der RBA-Gruppe. Die 51 angeschlossenen Regionalbanken sind zwar juristisch selbstständig, als Aktionäre der RBA-Holding AG bilden sie wirtschaftlich allerdings eine Gruppe. Das Tätigkeitsgebiet der Regionalbanken liegt traditionell im regionalen Retail-Banking. Neben den in der RBA-Gruppe zusammengeschlossenen Regionalbanken und Sparkassen gibt noch einige unabhängige, unter Ihnen die AEK Bank 1826 in Thun.

2008 erlebte die Schweiz ein turbulentes Jahr. Sowohl die beiden Großbanken UBS und Credit Suisse als auch große Rückversicherer wie Zürich Financial

Services und Swiss Re wurden von der Finanzkrise voll erfasst. Die Versicherungskonzerne hatten sich aufgrund der jahrelangen lukrativen Erträge weit in den Handel mit Credit Default Swaps gewagt und im Falle der Swiss Re bis zu 5% ihrer Kapitalanlagen von 203 Mrd. CHF in diesem Bereich investiert. Durch den Zusammenbruch der Kapitalmärkte für diese Papiere musste man im Verlauf des Jahres über 2 Mrd. CHF im Wert berichtigen. Bei der Credit Suisse und der UBS sah die Situation noch schlechter aus. Hier wurden in den ersten Quartalen des Berichtsjahres zwischen zwanzig und dreißig Milliarden CHF an Abschreibungen auf Kapitalmarktpapiere vorgenommen, die zu Jahresverlusten von mehreren Milliarden CHF führten. Nur durch enorme Kapitalerhöhungen und den Einstieg von Staatsfonds aus dem Ausland konnte das Eigenkapital über der Mindesthöhe gehalten werden, da der Verschuldungsgrad der beiden Großbanken (Leverage Ratio) bei 97% lag. Eine Steueraffäre der UBS in den USA sowie eine einsetzende Steuerdiskussion in Europa über Steueroasen bescherten der Schweiz weitere Aufregung. So begannen vor allem ausländische Kunden in Sorge vor dem Fall des Bankgeheimnisses damit, Geldmittel in Höhe von mehreren Hundert Milliarden aus den Depots der schweizerischen Vermögensverwalter abzuziehen.

Die schweizerische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unsere Mitgliedssparkasse in der Schweiz, die AEK Bank 1826 in Thun, blickt trotz einem für die Branche schwierigen Jahr auf eine erfolgreiche Zeit in 2008 zurück. Dank einer hohen Eigenkapitalsicherheit und Beratungsqualität konnten in der Krise zahlreiche Neukunden gewonnen werden. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 163,5 Mio. CHF (109,5 Mio. EUR) oder 6,9% auf 2,5 Mrd. CHF (1,7 Mrd. EUR). Bei den Spar- und Kundengeldern verzeichnete man einen Zuwachs von 108,6 Mio. CHF (72,7 Mio. EUR) auf 1,7 Mrd. CHF (1,1 Mrd. EUR). Auch im Kreditgeschäft konnten die Forderungen an Kunden um 121,1 Mio. CHF (81,0 Mio. EUR) auf 2,3 Mrd. CHF (1,5 Mrd. EUR) gesteigert werden. Die AEK Bank 1826 registrierte bei privaten Wohnimmobilien und gewerblichen Objekten eine rege Bautätigkeit, blieb bei der Mittelvergabe aber ihrer Geschäftsphilosophie, einem soliden und qualitativem Wachstum mit regionaler Vernetzung, treu.
Der Zinsüberschuss konnte auch in 2008 weiter gesteigert werden und lag mit 46,2 Mio. CHF (30,9 Mio. EUR) um 0,3 Mio. CHF (0,2 Mio. EUR) über dem Vorjahr. Angesichts der erschwerten Börsensituation ging das Provisionsergebnis durch geringere Einnahmen aus dem Wertpapiergeschäft um 0,2 Mio. CHF (0,13 Mio. EUR) auf 2,2 Mio. CHF (1,5 Mio. EUR) zurück. Mit 96,4% Anteil am Gesamtertrag stellen die Zinseinnahmen weiterhin die wichtigste Einnahmequelle der AEK Bank 1826 dar. Durch Einsparungen im Sachaufwand konnten leichte Steigerungen im Personalaufwand überkompensiert werden, sodass der Gesamtaufwand mit 19,3 Mio. CHF (12,9 Mio. EUR) leicht unter dem Niveau des Vorjahres lag. Somit konnte die AEK Bank 1826 mit 8,55 Mio. CHF (5,7 Mio. EUR) sogar einen um 100 TCHF (67 TEUR) höheren Jahresgewinn ausweisen als 2007.

Spanien

Der spanische Bankensektor

Die spanischen Sparkassen haben seit der Deregulierung des spanischen Finanzmarktes 1977 eine erstaunliche Entwicklung genommen. Ihre Marktanteile liegen bei den Kundeneinlagen und Ausleihungen bei ca. 50%, gemessen an der Bilanzsumme beträgt ihr Anteil immerhin noch bei knapp 40%. Mit dem Ziel der Stärkung des Wettbewerbs wurden die Preisbindung und die Vorschriften zur Verwendung der Einlagen aufgehoben. Den Sparkassen wurden alle Geschäftsfelder zugestanden, die auch den Geschäftsbanken erlaubt sind.

Infolge ihrer Eigentümerlosigkeit brauchen Cajas keine Dividende zu zahlen. Stattdessen leisten sie – entsprechend ihrem gemeinwohlorientierten Stiftungszweck, dem öffentlichen Auftrag – jährliche Ausschüttungen, die für die Verwirklichung sozialer Ziele in der Region eingesetzt werden.

Die 46 spanischen Sparkassen besitzen mit der Confederation Espanola de Cajas de Ahorros (CECA) ein gemeinsames Spitzenorgan. Dieses hat eine Doppelfunktion als Sparkassenverband und Spitzeninstitut. In ihrer Funktion als Spitzeninstitut bietet die CECA den Cajas Finanz-, Verwaltungs- und IT-Dienstleistungen an. Unter anderem unterhält die CECA einen Handelsraum, über den die Cajas Devisen, Derivate etc. handeln können.

Im Jahre 1988 wurde dann das Regionalprinzip für Sparkassen abgeschafft. Davon haben allerdings erst wenige Sparkassen Gebrauch gemacht, allen voran die La Caixa, die größte spanische Sparkasse. Sie unterhält landesweit über 5.000 Filialen. Nach wie vor konzentrieren sich die meisten Sparkassen auf ihre Region. Um die Sparkassen zu entpolitisieren, trat 2002 das Gesetz zur Finanzmarktreform in Kraft. Mit dem Gesetz wurde die Mitsprache der öffentlichen Körperschaften auf maximal 50% begrenzt. Damit wurde Befürchtungen Rechnung getragen, die EU-Kommission könnte die Cajas als öffentliche Unternehmen einstufen und in der Folge Kredite als staatliche Beihilfen einordnen.

Spaniens Finanzsektor ist von der in den USA ausgelösten Finanzkrise direkt nicht betroffen, da die hohe Inlandskreditnachfrage Anlagen an den Kapitalmärkten überflüssig machten. Den Folgen eines weltweiten konjunkturellen Abschwungs konnte sich aber auch Spanien nicht entziehen. Die wirtschaftliche Boomphase Spaniens in den letzten Jahren wurde zu einem großen Anteil vom Bausektor getragen. Hohe Preissteigerungen im Immobiliensektor sorgten für rege Bautätigkeit und gute Gewinnspan-

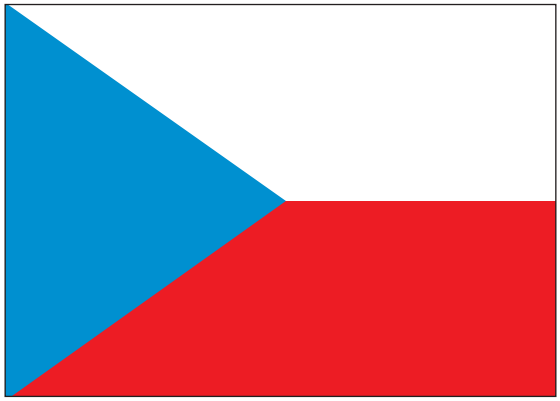
nen. Niedrige Zinsen und lange Finanzierungslaufzeiten sorgten dafür, dass die Nachfrage nach Immobilien trotz überhöhter Preise und Überkapazitäten bei den Neubauten nicht abflachte. Die aus der Finanzkrise resultierende Abkühlung der weltweiten Konjunktur und der durch fallende Aktienkurse verursachte Vermögensverlust brachten die Immobilienblase dann zum Platzen. Fertiggestellte Bauprojekte fanden keine Abnehmer mehr, drückten die Marktpreise nach unten und trieben viele Bauträgergesellschaften in den Konkurs. Die steigende Arbeitslosigkeit führte dazu, dass Familien ihre oft mit geringem Eigenanteil gestalteten Finanzierungen nicht mehr tragen konnten, ein freihändiger Verkauf aufgrund des Überangebots und fallender Preise aber nur noch mit hohen Verlusten möglich war. Dies führte im vergangenen Jahr bei den spanischen Banken zu einem starken Anstieg bei den Wertberichtigungen. Während die international, vor allem in Südamerika tätigen Großbanken Santander und BBVA diese Entwicklung am heimischen Markt durch gute Erträge in Brasilien sehr gut kompensieren konnten, traf die Entwicklung die fast ausschließlich in Spanien tätigen Sparkassen besonders hart.

Die spanische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Caixa Catalunya aus Barcelona hat ein turbulentes Jahr 2008 hinter sich. Bedingt durch die Finanzkrise baute man bei der Caixa Catalunya konsequent das Handelsportfolio um fast 40% sowie Geschäfte mit Banken und Institutionellen ab. Dadurch verringerte sich die Bilanzsumme gegenüber 2007 um 6,7% oder 4,6 Mrd. EUR auf 63, 6 Mrd. EUR. Im Retailgeschäft blickt man weiterhin auf wachsende Kennzahlen. So stiegen die Forderungen an Kunden um 1,4 Mrd. EUR auf 52,8 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 2,6% entspricht. Die Kundeneinlagen erhöhten sich auf 27,0 Mrd. EUR, ein Plus von 6,9% oder 1,7 Mrd. EUR im Vergleich zu 2007.

Die Ertragszahlen der Caixa Catalunya verdeutlichen, in welch unruhigen Zeiten sich Spaniens Wirtschaft und damit auch die Sparkassen befinden. Die Zinsüberschüsse konnten aufgrund der gestiegenen Einlagen um 4,9% auf 897,4 Mio. EUR, die Provisionsüberschüsse sogar um 8,5% auf 350,4 Mio. EUR gesteigert werden. Der Gesamtaufwand betrug im letzten Jahr 666,4 Mio. EUR, ein moderater Anstieg um 3%, der hauptsächlich durch den Ausbau des Filialnetzes erzeugt wurde. Allerdings bekam auch unser Mitgliedsinstitut den konjunkturellen Abschwung in Spanien in Form von stark ansteigenden Abschreibungen im Kreditbereich zu spüren. Gegenüber 2007 stieg die Summe um 120% auf über 770 Mio. EUR. Die Caixa Catalunya gibt die Rate von Krediten mit Zahlungsverzug mit 5,28% an. Durch die Veräußerung einer Beteiligung wurde ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von 512,5 Mio. EUR erzielt, wodurch zum Jahresende 2008 noch ein Jahresüberschuss ausgewiesen werden konnte. Mit 185,2 Mio. EUR liegt dieser allerdings um 62,4% unter dem Wert von 2007, wo man noch fast 500 Mio. EUR Jahresüberschuss erzielen konnte.

Tschechien



Der tschechische Bankensektor

Nach der Bankenkrise Mitte der neunziger Jahre hat sich der tschechische Bankenmarkt inzwischen stabilisiert. Heute existieren in Tschechien noch 37 Kreditinstitute. Darunter befindet sich mit der Česká spořitelna a.s. als größtem Institut auch die landesweit operierende tschechische Sparkasse. Sie wurde im Jahr 2000 mehrheitlich von der Ersten Bank der oesterreichischen Sparkassen AG übernommen und entwickelte sich seither zur führenden Retailbank Tschechiens. Daneben gibt es keine weiteren Sparkassen in Tschechien. Auch die anderen großen tschechischen Kreditinstitute sind heute mehrheitlich Töchter von internationalen Finanzkonzernen, beispielsweise die Československá obchodni banka, CSOB oder die Komercni banka, die sich im Besitz der belgischen KBC bzw. der französischen Société Générale befinden. Diese 3 Institute vereinigen über 50% der Bilanzsummen, 60% der Kundeneinlagen sowie fast 50% der Kundenkredite auf sich. Somit befindet sich der tschechische Bankenmarkt, der nunmehr als weitgehend verteilt gilt, nahezu komplett in der Hand ausländischer Bankkonzerne. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine Folge der misslungenen Privatisierungspolitik der neunziger Jahre.

In Tschechien spielte die Finanzkrise bis Mitte 2008 zunächst keine Rolle, da Kreditinstitute nicht in globalen Kapitalmarktgeschäften investiert waren. Als kleine Volkswirtschaft mit starker Exportabhängigkeit erreichte die beginnende Krise der Realwirtschaft dann aber doch Ende 2008 die tschechische Republik. Der weltweite Nachfragerückgang führte zu Einbrüchen in der Industrie von mehr als 13%. Für das Jahr 2009 ist bei gleichbleibender Lage mit einer Erhöhung der Arbeitslosenquote auf ca. 8% zu rechnen. Dies könnte bei den tschechischen Banken zu verstärkten Kreditausfällen führen. Ein weiteres Problem stellen die Immobilienfinanzierungen in Fremdwährungen (EUR, CHF) dar. Bedingt durch hohe Preissteigerungsraten und hohe Zinssätze im Inland wichen viele Kunden in den vergangenen Jahren auf diese zinsgünstigeren Finanzierungsformen aus. Bei weiter sehr volatilen Wechselkursen der tschechischen Krone mit der Tendenz zur Schwäche könnten Kreditnehmer dadurch zusätzliche Probleme mit der Rückzahlung bekommen.

Die tschechische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Česká spořitelna a.s., unser Mitgliedsinstitut aus Tschechien, setzte im abgelaufenen Berichtsjahr ihren Wachstumskurs in beeindruckendem Tempo fort und festigte ihre Stellung als Retailbank Nr. 1 in Tschechien. Mit fast 11.000 Mitarbeitern in 646 Filialen betreut man 5,3 Mio. Kunden. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 814 Mrd. CZK (30,3 Mrd. EUR) in 2007 auf 862 Mrd. CZK (32,1 Mrd. EUR), ein Plus von 5,9%. Forderungen an Kunden nahmen um 11,2% oder 43 Mrd. CZK (1,6 Mrd. EUR) auf 461 Mrd. CZK zu. Auch im Einlagenbereich konnte die Česká spořitelna a.s. große Volumensteigerungen erreichen, die Einlagen der privaten Haushalte waren um 9% höher als im Vorjahreszeitraum. Sie betragen nun 642 Mrd. CZK (23,9 Mrd. EUR nach 22,0 Mrd. EUR in 2007).

Die Ertragslage der Česká spořitelna a.s. ist weiterhin erfreulich. So wurden die Zinsüberschüsse im Berichtjahr um 22% auf 30,2 Mrd. CZK (1.100 Mio. EUR) gesteigert. Die Provisionsüberschüsse legten um 14% auf 11,1 Mrd. CZK (410 Mio. EUR) zu. Die administrativen Aufwendungen legten insgesamt um 6,5% auf 19,5 Mrd. CZK (726 Mio. EUR) zu, wobei sich die Personalkosten nur um moderate 1% erhöhten. Die größten Kostensteigerungen sind auf steigende IT-Kosten (+34%) und steigende Büromieten (+19%) zurückzuführen. Auch die Česká spořitelna a.s. blieb nicht von größeren Wertberichtungen im Zuge der Fair-Value-Bewertung von Finanzanlagen verschont. So mussten im Berichtsjahr Korrekturen im Wert von 5,5 Mrd. CZK (207 Mio. EUR) vorgenommen werden. Dadurch blieb der operative Jahresüberschuss mit 11,3 Mrd. CZK (421 Mio. EUR) leicht unter dem Ergebnis aus 2007 (11,8 Mrd. CZK). Bedingt durch eine Entscheidung der Konzernmutter Erste Group, die Versicherungsaktivitäten des Gesamtkonzerns an die Vienna Insurance Group zu verkaufen, wurde auch die tschechische Versicherungsbeteiligung Pojišťovna České spořitelny veräußert. Der durch diese Maßnahme erzielte Sonderertrag in Höhe von 4,3 Mrd. CZK (158 Mio. EUR) erhöhte den Jahresgewinn auf schlussendliche 15,8 Mrd. CZK (589 Mio. EUR).

Verbandsaufgaben

Breitgefächerter Aufgabenkatalog

Der „Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.“ – kurz Verband der Freien Sparkassen – hat gemäß seiner Satzung neben der „Förderung des Spargedankens und Sparkassenwesens im Allgemeinen“ vor allem die Aufgabe, die besonderen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu unterstützen. Diese leiten sich aus der Entstehungsgeschichte und dem rechtlichen Status der Freien Sparkassen ab.

Besonderheiten der Freien Sparkassen

Die ersten deutschen Sparkassen wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts als freie Sparkassen von sozial engagierten Privatpersonen gegründet. Später folgten zahlreiche Städte und Kreise mit eigenen Sparkassengründungen, so dass in Deutschland heute zwei eigenständige Sparkassenformen existieren. Am 31.12.2008 gab es in der Bundesrepublik Deutschland sechs freie Sparkassen, die vom gemeinnützigen Engagement getragen werden. Auch ein öffentlich-rechtliches Institut, die Sparkasse Westholstein, gehört zum Verband der Freien Sparkassen, da diese aus der Fusion einer freien Sparkasse mit einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse hervorging.

Die Gruppe der im Verband der Freien Sparkassen zusammengeschlossenen Institute repräsentiert ca. 5% des addierten Bilanzvolumens aller Sparkassen in Deutschland.

Auf Grund ihres privaten Status gelten für die Freien Sparkassen bestimmte, in den Sparkassengesetzen der Bundesländer enthaltene geschäftspolitische Restriktionen, etwa das Regionalprinzip, grundsätzlich nicht. Gleichwohl haben sich einige der Freien Sparkassen freiwillig gewissen Regelungen unterworfen und Vereinbarungen mit den zuständigen Sparkassen- und Giroverbänden getroffen.

Trotz dieser Unterschiede sind die Freien Sparkassen Teil der deutschen Sparkassenorganisation und Mitglied des DSGV, da sie – wenn auch auf anderer organisatorischer Basis und durch autonome Satzungsgestaltung – die gleichen gemeinnützigen Ziele verfolgen. Außerdem sind sie wie die Kommunalsparkassen „öffentliche“, d.h. „der Öffentlichkeit dienende“ mündelsichere Sparkassen. Dabei ist unter Gemeinwohlorientierung bei allen Sparkassen gleichermaßen die breite Förderung der Lebensqualität der Menschen in ihrem Geschäftsgebiet zu verstehen.

Europäische Kooperation

Zu den traditionellen Verbandsaufgaben gehört die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation der Freien Sparkassen Europas. Inzwischen sind 36 freie Sparkassen aus neun europäischen Ländern und der schwedische Verband Sparbankernas Riksförbund außerordentliche Mitglieder des Verbandes der Freien Sparkassen. Die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder setzt sich aus Sparkassen von ganz unterschiedlicher Größenordnung zusammen. Damit bietet der Verband den Mitgliedsinstituten eine breite Plattform für die Diskussion und den Austausch übergreifender Geschäftsinteressen und Anliegen, die gerade im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum an Relevanz gewinnen. Da die europäischen Freien Sparkassen eine große Vielfalt in Bezug auf ihre rechtlich-organisatorische Struktur sowie auf ihre geschäftspolitische Ausrichtung aufweisen, sind sie für die Geschäftstätigkeit der deutschen Mitgliedssparkassen von großem Interesse. Ferner ist der Zusammenschluss der Freien Sparkassen auch ein Forum, das die Anknüpfung und Intensivierung von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen erleichtern soll. Daher sieht der Verband in der Verbreiterung der Mitgliederbasis in Europa eine wichtige Aufgabe, um den Freien Sparkassen im „Binnenmarkt“ Europa ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Der Verband der Freien Sparkassen setzt sich speziell dann für die Interessen seiner Mitgliedsinstitute ein, wenn wegen der privaten Rechtsform andere Beurteilungen und Lösungen als bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen erforderlich sind. Auf Grund des intensiven Meinungs- und Informationsaustausches mit den Mitgliedssparkassen im europäischen Ausland kann der Verband zudem auf vielfältige Erfahrungen der privaten Mitgliedsinstitute zurückgreifen. Er vertritt die Verbandsmeinung sowohl innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als auch unmittelbar gegenüber staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit.

Veränderungen in der Mitgliederstruktur

Im Januar 2008 wurde die Freie Internationale Sparkasse S.A.(F.I.S.) durch einen Umlaufbeschluss seitens der Mitglieder einstimmig in den Kreis der außerordentlichen Mitglieder aufgenommen. Wir nutzen die Gelegenheit, die F.I.S ganz herzlich im Freien Verband zu begrüßen. Die Freie Internationale Sparkasse ist eine 100%-Tochter der Die Sparkasse Bremen AG, hat ihren Sitz in Luxemburg und verstärkt unser Netzwerk. Wir hoffen auf viele interessante Kontakte zwischen der F.I.S. und unseren übrigen Mitgliedern.

Verbandsorganisation

Rechtsform
Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V., gegründet 1920, besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder
Im Berichtsjahr gehörten dem Verband sechs deutsche freie Sparkassen, d.h. kommunal nicht gebundene Institute, sowie eine deutsche öffentlich-rechtliche Sparkasse, die aus einer freien Sparkasse hervorgegangen ist, als ordentliche Mitglieder an
Als außerordentliche Mitglieder waren dem Verband im Jahr 2008 36 freie Sparkassen aus 11 weiteren Ländern Europas und der Verband der schwedischen Sparkassen, Sparbankernas Riksförbund, angeschlossen.

Mitgliederversammlung
Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitgliedssparkassen zusammen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Vorstand
(bis 31.1.2009)
Präsident Jürgen Oltmann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der
Die Sparkasse Bremen AG
und der Finanzholding
der Sparkasse Bremen AG

(seit 1.2.2009)
Präsident Dr. Tim Nesemann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der
Die Sparkasse Bremen AG
und der Finanzholding
der Sparkasse in Bremen

Wolfgang Pötschke, Lübeck
1. stellv. Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes der
Sparkasse zu Lübeck AG

Dr. Harald Vogelsang, Hamburg
2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher der Hamburger Sparkasse AG
und der Haspa Finanzholding

Dr. Markus Limberger, Linz
Außerordentliches Mitglied des Verbandsvorstandes mit beratender Stimme
Vorstandsvorsitzender der
Allgemeinen Sparkasse
Oberösterreich Bankaktiengesellschaft

Mitgliedschaften
Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen e.V. ist außerordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Mitglied der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V., sowie Mitglied der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation.

Impressum

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Sitz: Frankfurt am Main
Geschäftsstelle: Bremen

Postanschrift:
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653

Internet:
www.verband-freier-sparkassen.de

E-Mail:
info@verband-freier-sparkassen.de

Druck:
Schintz Druck, Bremen

Fotos in diesem Bericht mit freundlicher Genehmigung
von pixelio.de

Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.

Geschäftsstelle Bremen
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653